



I  
79312



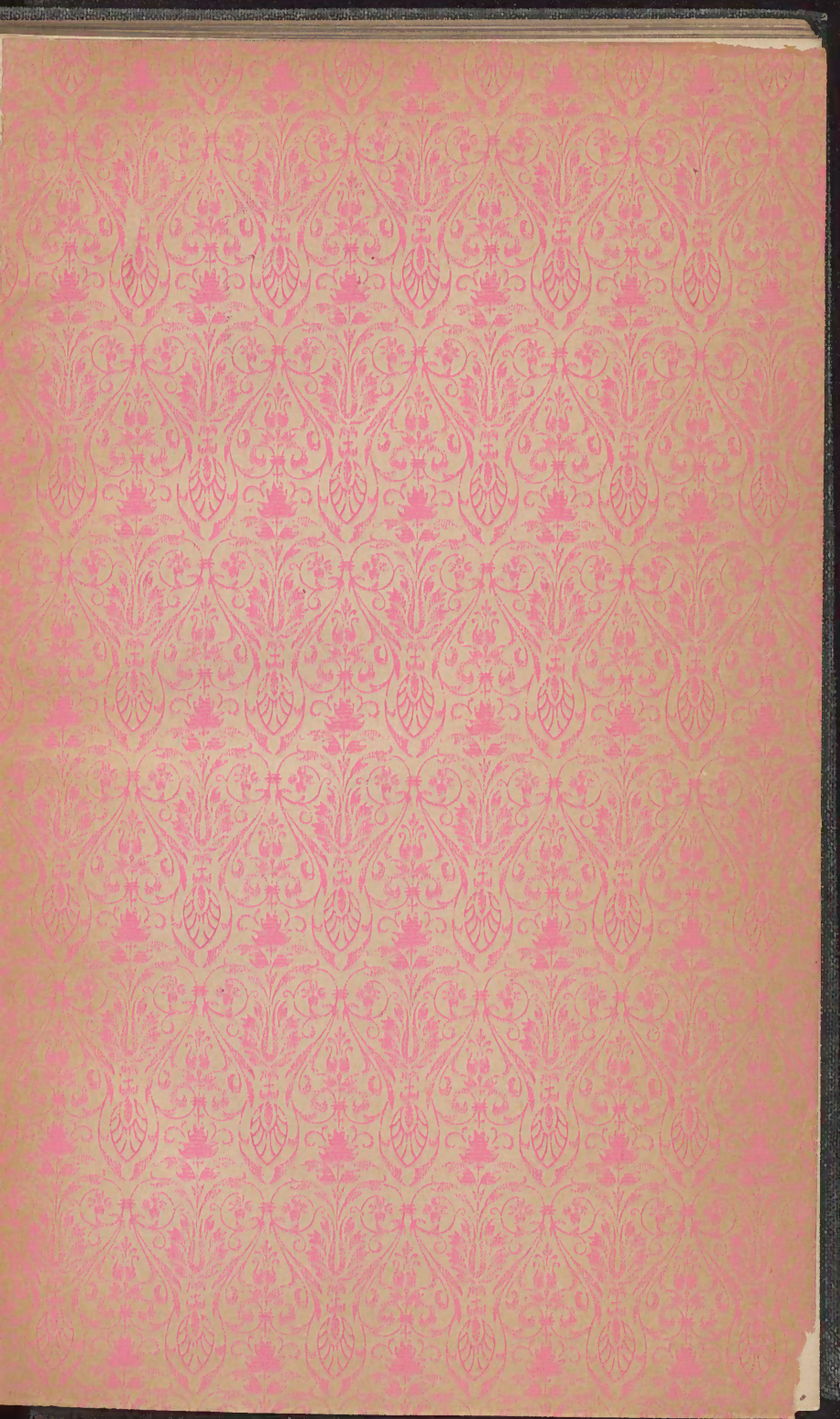
EIGENTUM  
DES  
INSTITUTS  
FÜR  
WELTWIRTSCHAFT  
KIEL

BIBLIOTHEK

Nr. I 19312

26











# Beiträge zur Währungsfrage.

Auf Veranlassung

der

Handelskammer zu Dortmund

herausgegeben

von deren Secretär

**Ernst Bernhardt**

Oberlehrer a. D.

Separatabdruck aus dem Jahresbericht.

57+

Dortmund.

Verlag der Köppen'schen Buchhandlung (Otto Uhlig).

1885.









## Vorwort.

Als der Antrag Kardorff-Schorlemer, die Reichsregierung zur Wiederaufnahme von Verhandlungen bezüglich der Währungsfrage zu veranlassen, im Februar 1885 beim Reichstag einging, beeilten sich alle Parteien, ihre Standpunkte zu der Frage „Goldwährung oder Bimetallismus“? von Neuem klarzulegen. Zu den früheren Vertretern des Bimetallismus war seit längerer Zeit eine zahl- und einflussreiche, bei der Frage mächtig interessirte Gruppe hinzugekommen, die Landwirthe. Die Massenpetitionen, welche den Reichskanzler aus landwirthschaftlichen Kreisen um Reform der Währungsgebung im bimetallistischen Sinne bestürmten, haben gewiß ihren Werth nicht sowohl in der berufenen Sachkunde der großen Mehrzahl ihrer Unterzeichner als vielmehr in der Thatfache, daß sie beweisen, wie die Ueberzeugung von der Wichtigkeit der Währungsfrage und von dem hervorragenden Einfluß, den die Lösung oder weitere Verschleppung derselben auf die wirthschaftlichen Verhältnisse unseres Landes übt, in immer weitere Kreise dringt und überall das Gefühl erregt, daß unsere wirthschaftliche Gesetzgebung überhaupt die Interessen der productiven Arbeit des Landes viel zu wenig gegen übermächtige Gewalten in Schutz nehme.

Die Handelskammer zu Dortmund hat seit einer Reihe von Jahren die Währungsfrage in ihren Jahresberichten behandelt und dabei einen Standpunkt eingenommen, der mit dem Bimetallismus auf dem gleichen Boden steht, aber sich von der Lehre seiner hauptsächlichsten Vertreter dadurch



nicht unwesentlich unterscheidet, daß er die Freigebung der Präge für beide Metalle verwirft, welche jene als letztes Hauptziel des Bimetallismus und gewissermaßen äußerste Consequenz desselben aufstellen.

Unter diesen Umständen hielt die Handelskammer es für angezeigt, gegenüber den von andern Seiten erfolgenden Darlegungen der verschiedenen Standpunkte auch ihrerseits mit einer Veröffentlichung hervorzutreten, welche eine präcise Darlegung des ihrigen enthält.

Es ist ihr von befreundeter Seite ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß sie in so entscheidender Stunde gewissermaßen den Kampf ins eigene Lager trage, statt sich mit ihrer abweichenden Meinung bis nach der principiellen Entscheidung unterzuordnen. Der Vorwurf würde richtig sein, wenn nicht gerade die Meinungsverschiedenheit selbst, also die Forderung der freien Präge es wäre, welche die principielle Entscheidung bisher sehr zu Ungunsten des Bimetallismus verzögert hat, indem sie den Gegnern fortwährend die schneidigsten Waffen in die Hände giebt und den entscheidenden Stellen das Gefühl der Verantwortlichkeit gegenüber so weitgehenden Garantien in einer Weise steigert, daß naturgemäß in jedem Aufschub eine Erleichterung empfunden werden muß. Bei den in unsern Tagen sich abspielenden Verhandlungen der lateinischen Münzconferenz in Paris scheint es sich allen Ernstes darum zu handeln, daß Belgien sich weigert, 250 Millionen in Folge der freien Präge auf seinen Münzstätten geschlagenen, meist im Auslande umlaufenden Silbereourantes einzulösen, oder auch nur an seinen Kassen aufzunehmen, und daß es aus dem lateinischen Münzverband austreten und zur Goldwährung übertreten will, weil es sich seinen Liquidationsverpflichtungen nicht gewachsen fühlt.

Dieses Vorkommniß beweist zwar nicht, wie ein Blatt der Goldwährungspreffe sich ausdrückt, „wohin man mit dem



Bimetallismus kommt“, sondern es beweist nur, daß die freie Präge, die mit dem Bimetallismus an sich absolut nichts zu thun hat, indem sie ja z. B. auch bei unserer Goldwährung beabsichtigt war, unter Umständen Staaten in sehr große Bedrängniß bringen kann, und daß es deshalb gerathen ist, sich dieses Institut genau und bei Zeiten anzusehen. Deshalb beweist es hoffentlich ferner auch noch, daß diese Frage zu schwer ins Gewicht fällt, um der Rücksicht auf ein taktisches Parteiinteresse untergeordnet werden zu dürfen.

Die nachstehenden Blätter enthalten die Eingabe, welche die Handelskammer seiner Zeit an den Fürsten Reichskanzler gerichtet hat, und eine Reihe von Abhandlungen, die gewissermaßen weitere Ausführungen und Motivirungen der in jener Eingabe naturgemäß nur kurz angedeuteten oder motivirten Gesichtspunkte bilden.







Dortmund, den 2. Mai 1885.

An

Se. Durchlaucht den Herrn Reichskanzler  
**Fürsten von Bismarck**

Berlin.

Die gehorfsamst unterzeichnete Handelskammer hält sich verpflichtet, gegenüber den verschiedenen Kundgebungen bezüglich der Währungsfrage nachstehendes ehrerbietigst zu erklären:

Wir erachten eine definitive Regelung unserer Valuta- und Währungsverhältnisse auf gesetzlicher Basis für dringend wünschenswerth, damit der Widerspruch beseitigt werde, daß wir nach dem Wortlaut des § 1 des Gesetzes vom 9. Juli 1873 die Reichs-Goldwährung haben, also nicht nur in Gold rechnen, sondern auch in Gold zahlen sollen, während thatsächlich heute — 12 Jahre nach Erlass jenes Gesetzes — noch etwa eine halbe Milliarde, also der dritte Theil unseres Goldumlaufs und der sechste des gesamten Werthumlaufs in Thalercourant besteht, in welchem jede im Handel vorkommende Summe nach Belieben des Schuldners in Silber gezahlt werden kann, auch die Noten der Reichsbank in Silber eingelöst werden dürfen.

Wir würden jedoch die von anderer Seite vorgeschlagene Beseitigung dieses Zwitterzustandes durch Uebergang zur Goldwährung, wie ihn ja auch die Gesetzgebung von 1873 beabsichtigte, nach den seitdem gemachten Erfahrungen für einen Fehler und für eine große Landes- calamität halten, die ganz besonders schwer auf den pro-



ductiven Gewerben des Landes, der Landwirthschaft, Industrie und auch auf dem Kleingewerbe lasten, Vortheile vorwiegend nur dem Darleihgeschäft und dem internationalen Bankgeschäft bieten würden. Die enormen Kosten des Uebergangs, die in Summa zwischen 150 und 200 Mill. Mk. schwanken dürften, bilden trotz ihrer Höhe nur einen untergeordneten Grund für unsere Auffassung. Die Hauptgründe derselben sind vielmehr folgende:

Durch Wiederaufnahme der deutschen Silberverkäufe und Demonetisirung der Thaler, die den Anfang der Durchführung der Goldwährung bilden müßte, würde die große Entwerthung des Silbers, welche sich zur Zeit pptr. auf 20 % beläuft, nicht nur stabil werden, sondern voraussichtlich weitere ganz enorme Dimensionen annehmen.

Das aber wäre eine schwere Schädigung, nicht nur für die Silberproducenten und für alle Silberbesitzer, sondern für alle diejenigen, die an der Stabilität der Werthe und an der nur allmählich sich vollziehenden Entwicklung der Preise interessirt sind. Das aber ist die überwältigende Majorität aller Völker und Menschen. Für das Gegentheil, für gewaltige Werthveränderungen und Preisschwankungen sind nur diejenigen interessirt, die dieselben zu escomptiren verstehen. Wir verzichten darauf, den Promille-  
satz dieses Theiles der Bevölkerung zu taxiren.

Die zweifellos der Durchführung der deutschen Goldwährung folgende weitere Silberentwerthung würde nicht nur ganz enorme Werthe und ganz enormen Besitz zerstören, sondern auch durch die aus ihr mit Naturnothwendigkeit immer allgemeiner sich entwickelnde Demonetisirung des Silbers die Menge des dann auf der Erde nur noch vorhandenen Münzmetalls etwa auf die Hälfte des jetzigen Bestandes reduciren und dadurch der Agiotage und der Speculation die Herbeiführung von Schwankungen des Wechselurses und dadurch des Disconts ganz außerordentlich erleichtern.



Die Menge des zur Zeit vorhandenen Silbergeldes in den Ländern der Erde beträgt nach den neuesten Schätzungen 20 Milliarden, zu denen noch hinzuzurechnen sind die gewaltigen Mengen ungemünzten Silbers in Barren. Diese mächtigen Werthmassen haben seit dem Beginn des Uebergangs Deutschlands zur Goldwährung um ein volles Fünftel verloren und würden durch die Durchführung derselben vielleicht ein weiteres Fünftel einbüßen. Das ist eine so grausame Werthzerstörung, daß sie uns im wohlverstandenen eigenen Interesse abhalten müßte, sie zu veranlassen, wenn es auch außer Zweifel stände, ob der Goldvorrath der Welt ausreicht, allen Handels- und Kulturvölkern den Uebergang zur Goldwährung zu ermöglichen, denn wir sind in erster Linie daran interessirt, daß die Kaufkraft der Welt nicht abnimmt, der wir die Ueberproduction unseres Landes über seinen Bedarf verkaufen wollen.

Wenn der Effect der seit 12 Jahren stattgehabten Entwerthung des Silberbesizes der Welt um 4—6 Milliarden sich zur Zeit noch nicht überall als solcher fühlbar gemacht hat, so hat das seinen Grund zum Theil darin, daß die Demonetisirung des Silbers in den Doppelwährungsländern, die beinahe 9 Milliarden Silbermünze im Cours haben, noch nicht stattgefunden hat, weil man natürlich abwarten will, ob sich der Schaden nicht noch ausbessern läßt.

Immerhin aber ist die sonst unverständliche Thatfache, daß auch in solchen Gütern und Erzeugnissen, in denen der Consum die Production völlig und reichlich aufnimmt, ein Preisniveau in allen Ländern eingetreten ist, welches die Erzeugungskosten kaum mehr deckt, doch wohl — wenigstens theilweise — durch die vorliegende Silberentwerthung zu erklären, selbst wenn der strikte Beweis dafür nicht erbracht sein mag.

Denn es ist irrig, das Geld nur als Werthmesser und als Tauschmittel zu betrachten, es ist nicht der feinste



Werthmesser und nicht das einzige Tauschmittel, und über diese Eigenschaften sollte man nicht eine seiner wichtigsten Functionen vergessen: die ihm innewohnende Triebkraft, die es gewissermaßen zur Ursache der Production, zur Quelle der Arbeit macht: Es repräsentirt an sich nur einen todten Werth, wer es ruhig in der Hand behält, dem giebt es keine Rente, es heißt Anlage d. i. Association mit schaffender und arbeitender Kraft, um seinem Besitzer Früchte zu bieten. Diese Triebkraft, diese arbeitsschaffende Tendenz des Geldes hängt nicht an der Qualität, sondern an der Quantität der Umlaufsmittel. Je mehr Geld, also je mehr unverzinslicher Besitz, in einem Lande vorhanden ist, desto größer ist der Trieb und die Nöthigung zur directen Association dieses Besitzes mit der schaffenden Arbeit, die ihn erst rentabel macht. Diese Nöthigung zur directen Association haben wir in Folge zu geringen Umlaufs fast nicht mehr, das jetzt in verzinslichen Anlagen, Wechsel- und Staatspapieren bequem und sicher investirte Capital feiert vornehm und weist das Arbeitsbedürfnis des Landes mit seinem Capitalbedarf auf den indirecten Weg des Credits beim Darleiher gegen Sicherheit. Die völlige Demonetisirung des Silbers würde diese schlimme Lage des Arbeitsbedürfnisses arg verschärfen und die unbillige Thatfache verschlimmern, daß bei uns auf Kosten der Steuerkraft dem sichern Rentkapital ein Zinsfuß staatlich garantirt wird, den z. B. der Landbau, der Kohlenbergbau und die Eisenindustrie für ihr arbeitendes und gelegentlich nothleidendes Kapital schon lange nicht mehr kennt.

Es kann zu viel und es kann zu wenig Geld in einem Lande sein, in diesem Fall stocken Handel, Wandel und Production, in jenem sind sie fieberhaft gesteigert. Aus dem geldarmen China wandern, wie bei uns, die Menschen aus, weil niemand ihre Arbeit bezahlt, das an Kapital und Geld überreiche England muß mit allen Mitteln für seine, das Landesbedürfnis vielfach übersteigende Production Ab-



satzgebiete in allen Erdtheilen zu erzwingen suchen, wenn es nicht von socialen Revolutionen bedrängt sein will.

Der gewaltige Aufschwung von Industrie, Handel und Verkehr, ebenso die große Steigerung des Bodenwerthes seit 1850 ist wohl in erster Linie der colossalen Vermehrung des Baargeldes in Folge Auffindung der Gold- und Silberminen seit jener Zeit zuzuschreiben; hat sich doch seit 1850 die Goldproduction um 20 Milliarden, d. h. um eben so viel vermehrt, wie in dem vorausgegangenen Vierteljahrtausend seit Entdeckung von Amerika, und der Silbervorrath ist gleichzeitig um 11 Milliarden gewachsen. Der Willenswindel von 1872 mit seiner fieberhaften Spielwuth in Folge jener urplötzlichen Hypertrophie an Geld, verschärft durch gleichzeitige Rückzahlung großer und festliegender Kapitalien, trug dagegen ebenso den Typus der Ungesundheit wie unsere jetzige, theilweise aus Blutarmuth entstandene Baisse. Damals wurde fast auf einmal eine Milliarde werbendes Geld auf den deutschen Markt geworfen. Anfang 1870 hatten wir 52 Mark, 1872 etwa 61 Mark, Anfangs 1874 75 Mark Umlauf pro Kopf, heute nur wieder etwa 63!

Die Preuss. Bank beschränkte 1874 ihren Umschlag, d. h. ihre Credite um 7,3 Milliarden, von 24,5 auf 17,2 Milliarden. Alle diese schroffen Uebergänge haben höchst übel auf die Preislage und die Geschäftsverhältnisse gewirkt. Der heute zu geringe Geldumlauf Deutschlands gestattet dem Kapital zu sehr, sich die absolut sicheren Anlagen anzusehen, und namentlich das Großkapital der Börse hat diese Position immer mehr ausgenutzt.

Die Reichsbank und vor ihr die Preussische Bank hat von je, ihrer Bestimmung und ihrem Statut entsprechend, unter Abweisung womöglich jedes Risikos, nur die ganz sicheren Geschäfte gemacht, die minder gedeckten Darlehn- und Discontgeschäfte den Privatbanquiers überlassen und sich direkt nie an der Industrie betheiligt. Im Lauf der Zeit ist aber auch das große Privat- und Bankkapital,



welches früher theilweise sehr bedeutend direct an der Industrie theilhaftig war, immer mehr in diese sichere, gewinnreiche Position übergegangen, es hat sich aus der Industrie und ihren Chancen nach Möglichkeit zurückgezogen und sich mit Vorliebe auf das Geldvermittlungsgeschäft gegen persönliche oder sächliche Sicherheiten und auf internationale Werthschiebungen geworfen. In Folge unserer jetzigen Verhältnisse, wo es dem Kapital möglich ist, zwischen sich und die Arbeit fast überall noch eine Garantie zu schieben, wird dieses garantierte Kapital zu hoch, die Arbeit zu niedrig und das direct als Actie zc. in der Industrie investierte Kapital seit Jahren gar nicht mehr bezahlt.

Haben doch, wie bereits anderwärts nachgewiesen ist,

von 1858—69 1870—74 1875—83

a. 10 hervorragende Hütten- und Kohlenbergwerke . .	4,33%	14,10%	2,10%
b. 10 hervorragende Bank- institute . . . . .	6,75%	11,75%	6,42%
durchschnittliche Jahresdividende vertheilt.			

Das würde nicht so leicht möglich sein, wenn wir statt 60 Mark Gesamtumlauf pr. Kopf das Doppelte hätten, und wenn das Groszkapital jetzt nicht die ihm etwa unbequeme Geldmasse gar leicht als Gold ins Ausland werfen könnte, wo es in leicht verkäuflichen Werthen sich hoch verzinst. So lange die Aegypten, Türken, Serben und Gott weiß wer alle in den fünf Welttheilen 7 pCt., 10 pCt. und mehr Zins im Durchschnitt geben, dabei das Reich die Forderungen ans Ausland kräftig vertritt, und man die Kassen klein halten kann, indem man das Landesgold über die Grenze schiebt, so lange werden wir magere und schlechte Zeiten für Landwirthschaft und Industrie haben, es werden nur Banken und Eisenbahnen, die thatsächlich Monopole exploitiren, verdienen und Dividende geben. Das würde anders werden, wenn wir größere und weniger exportable Münzbestände besäßen.



Deutschland ist unter den solventen Groß- und Handelsstaaten der Welt am schlechtesten mit Metallgeld und überhaupt mit Umlaufsmitteln versehen. Es hatten pr. Kopf Anfangs 1884 (nach D. Haupt) in Francs: Frankreich 241, Belgien 165, Holland 147, Amerika N.-St. 135, England 95,15,\*) Spanien 91, Deutschland 87 Francs. Die fortwährende Demonetisirung des Silbers würde selbstverständlich außer den oben angedeuteten Besitzerstörungen auch den Umlauf beeinträchtigen und uns die so nöthige Ausdehnung der Baarbestände erschweren. Während jetzt eine Milliarde Silbercourant und Scheidemünze unangefochten im Lande coursirt und nur die p. p.  $1\frac{1}{2}$  Milliarden Gold den Gegenstand unserer Sorgen und Discontkämpfe bilden, würden wir dann nur  $\frac{1}{2}$  Milliarde Scheidemünze unangefochten besitzen und 2 Milliarden gegen den Goldbedarf des internationalen Marktes zu vertheidigen haben.

Wer aber hat Interesse an der Exportabilität unseres Geldes, die durch die Goldwährung auf die Spitze getrieben wird? Das einheimische Geschäft nicht, auch der auswärtige Waarenhandel im Ganzen nicht, da Waarenimport und -Export sich nahezu ausgleichen. Allein das internationale Großkapital, welches dadurch den Umlauf nach Belieben zu steigern oder zu vermindern und die leicht erhältliche Landesmünze als Weltgeld auf jedem Markte zu verwenden vermag.

Wenn die Goldwährungspartei den Einwand erhebt, daß bei dem Nebeneinander von Gold und Silber, der Umtauschpflicht und freien Präge, uns das Gold durch Silber von England weggeholt werden würde, so ist das richtig, und deshalb erachten wir das Zugeständniß der Umtauschpflicht und freien Präge, namentlich auf Grund internationaler Verträge, wie es Amerika und Frankreich

\*) Die von D. Haupt für England ursprünglich angegebene Umlaufszahl 178 ist durch Verschiebung einer Decimale in der Rechnung entstanden und muß in 95,15 corrigirt werden.



wünschen, England und Indien zu fordern sich die Miene geben, für ebenso gefährlich wie unnötig. Es ist dieses unser abweichendes Votum bereits seit Jahren vertreten und auch auf dem Bimetallisten-Congress in Köln zum Ausdruck gebracht, wir weisen darauf hin, daß die Führer und Häupter der bimetalistischen Bewegung schon lange und immer ausdrücklicher concediren, daß die freie Präge, dieses „letzte Ziel“ des Bimetallismus, zunächst eine praktische Bedeutung nicht haben werde. Es ist eben eines jener abstrakten Ziele, die für die menschlichen Bestrebungen nur die Richtung angeben, ohne daß man das Vertrauen hätte, sie in absehbarer Zeit zu erreichen, wie etwa Tugend, Freiheit, ewiger Friede &c.

Wenn einmal der unberechtigte Egoismus aus der Welt des Erwerbes geschwunden sein wird, oder die Production an beiden Edelmetallen dem Münzbedarf nicht mehr genügt, kann man vielleicht der Sache näher treten; aber so lange es noch Menschen giebt, die der Meinung sind, daß ihre Interessen allen anderen vorgingen, und solange wir nicht alles vorhandene Gold und Silber münzen dürfen, ohne Zustände wie die von 1873 zu veranlassen, würde es sehr unvorsichtig von einem Staate sein, wenn er sich eines wichtigen Hoheitsrechtes begeben und es in das Belieben jeder Interessencoalition stellen wollte, ihn mit ungemessenen Baarmitteln zu überschütten und dadurch nach Belieben Krisen der schwersten Art hervorzurufen. Er würde sich dadurch selbst die Möglichkeit nehmen, der wichtigen Aufgabe gerecht zu werden, die Menge der Umlaufsartikel und damit einen Hauptfactor der Preisbildung, namentlich des Preises menschlicher Arbeit in seinem Lande zu reguliren.

Es ist sehr wohl denkbar, daß Zeiten kommen werden, in denen die Präge ohne Schaden frei gegeben und Gold gegen Silber ohne Agio umgetauscht werden kann, und diese Zeiten werden gute und normale Zeiten sein, aber



daß sich mächtige Staaten dazu jetzt und namentlich auf Dauer sollten verbindlich machen, und daß Deutschland dazu gehören könnte — das vermögen wir nicht zu glauben. Das könnte nur auf einer absoluten Verkennung jener hauptsächlichlichen Function des Geldes, seines Productionstriebes erfolgen, vermöge deren die Quantität eines im Lande vorhandenen Geldes noch viel wichtiger ist als dessen Qualität.

Es ist nicht richtig, daß die „Währung“ d. h. die Geldart allein den Werth der Valuta bestimmt, in letzter entscheidendster Weise thut das der Wechselkurs d. h. das Angebot und die Kaufkraft des Marktes. 1000 Mark auf Berlin sind mehr werth wie 1000 Mark auf Gießen oder Bonn.

Der Einwand liegt nahe und ist auch bereits erhoben worden, daß eine Steigerung der Production durch Vermehrung durchaus nicht wünschenswerth sei, da die heutige Production der Nachfrage nicht nur genüge, sondern dieselbe vielfach überbiete und die Folge davon die Preise werfe. Das ist richtig, aber zu dem richtigen Verständniß dieser Thatsache und unserer Absicht darf folgendes nicht außer Acht gelassen werden:

1) unser Vorschlag zielt nicht auf eine Steigerung der Production, sondern auf eine andere Vertheilung des Gewinnes hin, indem derselbe das dem Darleihkapital durch die thatsächlich vorhandene Zinsgarantie z. B. beivohnende Monopol brechen, dadurch sowohl das jetzt nothleidende Industriekapital wie die wirthschaftliche Arbeit besser stellen und damit die Consumfähigkeit weiter Kreise sowie die jetzt aus Mangel an Erwerb fehlende Nachfrage erheblich steigern würde;

2) die heutzutage vielfach vorhandene Ueberproduction ist nicht sowohl eine Folge eines übermäßigen Angebots von Kapital für die Industrie, sondern entspringt dem Umstand, daß das in der Industrie verwandte Leihkapital nicht



sowohl ein Interesse an dem Wohlergehen der Industrie als vielmehr an einem gesteigerten Umsatz derselben hat; in Folge davon finden wir auf den aller verschiedensten Gebieten der gewerblichen Thätigkeit die Nöthigung für viele gewerbliche Unternehmungen vorliegen, durch Steigerung des Umschlags die creditirenden Darleiher zufrieden zu stellen; solche Umschlagssteigerungen sind natürlich bei sinkender Conjectur mit Preisfchleuderungen unzertrennlich verbunden. Würde das Großkapital genöthigt, aus der privilegierten Rolle des zu hohem Zinssatze und relativer Sicherheit ausleihenden Creditors heranzutreten und wieder wie früher als Aktientkapital Freund und Leid mit der Industrie zu theilen, so würde diese Quelle der Ueberproduction, deren Gewalt vielfach sehr unterschätzt wird, selbstverständlich wegfallen.

Wir glauben demgemäß die Goldwährung als eine Währungsverfassung erkannt zu haben, von der es zunächst zweifelhaft ist, ob sie sich wegen der unzureichenden Goldmenge überhaupt auf die Dauer bei den Handelsvölkern einführen lassen wird, von der es aber unzweifelhaft ist, daß ihre Einführung für uns mit ganz außergewöhnlichen Kosten und ihre Handhabung nur mit sehr verlustreichen Diskontkämpfen begleitet sein würden. Diese Diskontkämpfe würden wie bisher auf Kosten der einheimischen Production und des einheimischen Handels geführt werden, während die Vortheile desselben lediglich dem auswärtigen Geldhandel zufielen, da der internationale Waarenverkehr zur Begleichung seiner Schulden an das Ausland keiner Goldsendungen bedarf.

Andererseits haben wir in der Forderung der verhältnißmäßig freien Präge und der Umtauschverpflichtung eine zu weitgehende, den Werthverkehr und die Productionshältnisse eines Landes nicht minder als die Goldwährung gefährdende, aber auch durchaus willkürliche und bisher noch nie praktisch gewesene Consequenz des Bimetallismus erkannt, welche



ebenso die Gefahr des zu großen Werthumlaufes nach sich zieht wie die Einführung der Goldwährung zu knappe Geldumläufe im Gefolge haben würde.

Wenn der Werth- und Geldverkehr als solcher Selbstzweck wäre, dann würde sowohl die Goldwährung als wie die freie Präge des internationalen Bimetallismus ihre volle Berechtigung haben. Da derselbe aber nur ein Mittel für die Gütererzeuger und Gütervertheiler ist und sein soll, können wir weder jenem Prinzip noch dieser äußersten Consequenz beipflichten, da dieselben nach unserer Auffassung lediglich im Interesse der großen internationalen Finanzgeschäfte wirken, die übrige Gewerbsthätigkeit des Landes gefährden oder doch wenigstens schädigen müßten.

Nach unserer Auffassung ist die erste Aufgabe der Münzpolitik eines Landes, den Bedarf für seine eigene inländische Volkswirtschaft an Zahlungs- und Umlaufsmitteln zu befriedigen und dauernd sicher zu stellen, daß dieselbe auch für den internationalen Verkehr thun muß, was sie kann, ist selbstverständlich, denn derselbe ist eine mächtige Quelle des Reichthums, aber es darf niemals auf Kosten der Landeswährung geschehen, denn diese ist die Grundlage der heimischen Arbeit. Das internationale Geldgeschäft ist mächtig genug, sich jeder Zeit seine Zahlungsmittel selbst zu beschaffen, es ist u. G. unrichtig, daß es demselben ermöglicht ist und noch mehr ermöglicht werden soll, die für das Inland nöthigen, mit bedeutenden Kosten beschafften Metallumläufe zu beliebiger Zeit und in beliebigen Massen in das Ausland zu werfen, die Kosten des nöthigen Rücktransportes aber auf die productiven Kräfte des Landes und auf den Binnenhandel abzuwälzen, und auf diese Weise die Früchte des Geschäftes für sich zu nehmen und die Lasten desselben dem Lande aufzubürden. Die Agiotage ist ebenso wenig Selbstzweck wie der gesammte Werthverkehr, sie soll nur Mittel sein, die Niveaudifferenzen in den communicirenden Röhren des internationalen Werthsystems



auszugleichen, nicht aber dieselben hervorzurufen und in Permanenz zu erhalten.

Wir können demnach unsere Meinung dahin zusammenfassen, daß wir im Sinne des Schorlemer-Kardorff'schen Antrags vom 6. März Ew. Durchlaucht ehrerbietigst ersuchen möchten:

die endliche gesetzliche Regelung dieser schon so lange stöckenden deutschen Währungsfrage und zwar thunlichst im Einverständniß mit den übrigen Cultur- und Handelsvölkern hochgeneigtest anzuregen, dabei auf Remonetisirung des Silbers durch Wiederaufnahme von staatlichen, vollwichtigen Silberprägungen seitens der Conferenzstaaten innerhalb näher zu bemessender Grenzen hinzuwirken,

für den Fall, daß England ansehnliche Concessionen zu machen zaudern sollte, die Beibehaltung der Goldvaluta bei bimetallistischer Währung, wie sie heute thatsächlich überall außer in England besteht, zu erwägen und,

falls der Kampf ums Gold ferner durch erhebliche Goldabflüsse unsern Goldbestand bedrohen und durch Diskonterhöhungen noch weiter die Kosten fremder Geschäfte der Gewerbsamkeit des Landes aufbürden sollte, die Ausgabe eines durch Goldmünzen vollgedeckten Staatspapiergeldes in Erwägung zu ziehen, welches entweder gar nicht, oder nur gegen ein die Kosten des Rücktransportes sicherndes Agio einzutauschen wäre.

Ein solcher Goldschatz, den wir uns nicht unter einer Milliarde denken, würde, wie z. B. das Silberdepot der Hamburger Kaufmannschaft, voraussichtlich die deutsche Goldvaluta auch ohne Goldwährung sturmfrei stellen, derselbe würde in Zeiten schwerer Geldkrisen einen Rückhalt von außerordentlichem Werthe und im Falle des Krieges



sofort die nöthigen Baarmittel liefern, auch inzwischen das Publikum an den Gebrauch von Papiergeld gewöhnen, was für die Zeit von Krisen und Kriegen von außerordentlichem Vortheil ist, wie sich 1866 und 70 schlagend gezeigt hat.

Diese Vorschläge Ew. Durchlaucht geneigter Erwägung ganz gehorsamst empfehlend, verharret zc.

Die Handelskammer.



### Genesis und augenblickliche Lage der Währungsfrage.

Im Jahre 1850 belief sich der Edelmetallvorrath der Culturwelt nach den Anstellungen Soetbeers auf ungefähr 13 Milliarden Mk. in Gold und 26 Milliarden Mk. in Silber, heute beträgt die Gesamtsumme beider Metalle ungefähr 30 Milliarden Mk. Gold und 36 Milliarden Mk. Silber. Die Menge des seit der Entdeckung Amerikas producirten Goldes hat sich also seit 35 Jahren mehr wie verdoppelt und der Gesamtbestand der beiden Münzmetalle ist seit der gleichen Zeit von 39 Mill. auf 66 gestiegen, so daß heute beinahe so viel von jedem Metall vorhanden ist, wie etwa Anfang des Jahrhunderts in beiden zusammen dagewesen sein mochte.

Es war natürlich, daß eine solche außergewöhnliche Vermehrung der Münzmetalle vielfach den Gedanken wach rief, die bestehenden Währungsverhältnisse neu zu ordnen, die Welt hatte einige große Erbschaften gemacht und konnte sich auf großem Fuß einrichten. Bis dahin hatten eigentlich nur England und Frankreich geordnete Währungen, ersteres seit 1816 die Goldwährung und Frankreich seit 1803 bimetalistische Währung mit freier Präge und Umtauschverpflichtung, im übrigen waren die Währungsverhältnisse der Handelsvölker wenig geordnet. Rußland, Oesterreich, Italien hatten Papierwährung, Holland seit 1847, Belgien seit 1854 Silberwährung, auch in den anderen europäischen Ländern liefen alle möglichen Silberwährungen um, mit spärlicher Goldmünze verstärkt, die meist



durch überwerthigen Zwangskurs im Lande gehalten wurde, so auch in Preußen. Am schlimmsten stand es auch hierin bei uns in Deutschland. Das Elend der alten Verhältnisse hier eingehend zu schildern, ist nicht nöthig, wir haben sie ja alle noch miterlebt und wissen, daß sie derartig waren, daß jede Aenderung eine Verbesserung sein mußte. Aber auch die Franzosen dachten an eine Aenderung; es war eine Idee Napoleons, daß man in Paris im Jahre 1867 zu einer Münzconferenz zusammentrat und den Gedanken einer Weltmünze ventilirte. Dieser Gedanke hat in soweit etwas sehr richtiges, als die Schaffung einer internationalen Handelsmünze in der That einem Bedürfnisse des internationalen Handels abhelfen würde, der große Fehler aber war der, daß man diesen internationalen Werthmesser und Werthvermittler ohne weiteres mit den nationalen Tausch- und Umlaufsmitteln der einzelnen Länder verquickten und identificiren wollte.

Dies ist zugleich der Grundirrtum nicht der Goldwährung, oder des Bimetallismus an sich, sondern vieler unserer heutigen Goldwährungsmänner und Bimetallisten; scheidet man ihn nebst seinen Consequenzen aus ihren Forderungen aus, so wird sich über den Rest vielleicht kaum andere Meinungsverschiedenheit mehr erheben, als die, welche naturgemäß entspringt aus dem Gegensatz der Interessen von Industrie und Gewerbe an ruhigem und stetigem Niveau guter Preise und billigem Geld gegenüber dem jetzt den Weltmarkt und Arbeitsmarkt in unheilvollem Maße beherrschenden Interesse der lediglich in Darleih-Speculationsgeschäften und Agiotage arbeitenden großen Kapitalien der Börsenfürsten, welche gerade die dem Industrie- und Arbeitsmarkt so nachtheiligen Schwankungen der Verkehrswerthe durch fortgesetztes Hin- und Herschieben großer Werthmassen escomptiren, und die deshalb auch diese Schwankungen, welche ihr Lebenselement bilden, hervorzurufen geneigt und bestrebt sind.



Solche Schwankungen treten auf dem Geldmarkt selbstverständlich leichter auf, wenn nur Gold Münzmetall ist, von dem nur 30 Milliarden, etwa zur Hälfte geprägt oder in Barren, vorhanden sind, als wenn hierzu noch 36 Milliarden Silber, ebenfalls zur Hälfte in Münze und Barren, hinzutreten, dann müssen mindestens die doppelten Massen deplacirt werden, um dieselbe Differenz im Niveau hervorzubringen.

Die Schaffung einer selbstredend goldenen internationalen Weltmünze würde nach der Idee ihrer Vertreter die goldene Landesmünze nach und nach aufgesogen, das Silber allgemein zur Scheidemünze aller Länder herabgedrückt und dann diesen Interessen vorzüglich gedient haben; die Erreichung einer bloßen internationalen Handelsmünze, die neben den verschiedensten Landeswährungen hergegangen wäre, hätte im Gegentheil für die Agiotage den Nachtheil gehabt, daß die Kosten des Rücktransports der deplacirten Metallmassen, die jetzt durch Disconterhöhungen auf das gesammte Binnengeschäft abgewälzt werden, in Zukunft vorwiegend dem internationalen Handel selbst zur Last gefallen sein würden. Wie versichert wird, scheiterte das Project einer Weltmünze an den Schwierigkeiten der Ausführung, weil natürlich die Umprägung der alten Münzen in eine neue Weltmünze ganz enorme Kosten verursacht haben würde und deshalb keiner der großen Staaten gern auf seine bisherige Rechnungsmünze verzichten wollte. England wollte nicht von seinem Schilling weichen, Frankreich nicht von seinem Franc zc., wer nachgab, mußte die Kosten bezahlen, aber es war doch wohl nicht nur jenes Bedenken und der äußerliche Kostenpunkt, woran das Zustandekommen einer Weltmünze scheiterte, sondern noch mehr diese und andere, tiefer in der Sache selbst liegenden Schwierigkeiten. England war der Markt der Welt, wer dort kaufen wollte, und namentlich wer dort kaufen mußte — und das waren in erster Linie die reichen Colonien, besonders Indien, mit



ihren colossalen Bedürfnissen an Eisen und Textilien, — der mußte in Gold bezahlen, und wenn er kein Gold hatte, mußte er sich die Differenz aufrechnen lassen zwischen seiner Valuta und der englischen. Diese Differenz war damals, wo das Verhältniß für Gold und Silber 1:15½ noch ungestört bestand, wenigstens nur unbedeutende Schwankungen zeigte, zwar nicht so groß wie heute, aber es war immerhin ein Extragewinn, den die geringeren Standards dem Goldstandard auf seinem Markt zugestehen mußten. Heute beträgt der „indische Tribut“ d. h. das Agio, welches Indien an England allein für Gehälter, Pensionen, Zinsen zc. zahlen muß, p. p. 50—60 Millionen Mark per Jahr. Frankreich hatte seit 1803, also seit mehr als 60 Jahren, eigentlich als Ausgleichmarkt für die Schwankungen des Edelmetallmarktes functionirt und in Folge davon bei seiner freien Präge colossale Summen in beiden Metallen ausgemünzt, die wenigstens zu einem großen Theil in seinem Lande circulirten, von 1803—50 war meistens nur Silber geprägt, Louis Philipp von 1830—48 prägte 216 Millionen Frances Gold und 1750 Millionen Frances Silber, von 1850—67 wurden dagegen 383 Millionen Frances Silber und 5806 Millionen Frances Gold geprägt. Diese enormen Summen, zu denen ja noch die Prägungen der Bourbonen hinzutraten, waren natürlich für das Land selbst zu groß; wenn sie lediglich in Frankreich hätten umlaufen müssen, würden sie fieberhafte Thätigkeit und große Geschäftskrisen hervorgerufen haben. Einen Theil der Prägungen verbrauchten natürlich auch die zahlreichen französischen Colonien, aber wir wissen ja alle noch aus eigener Erfahrung, daß das französische Gold, der Louisdor, ein vollständig internationales Zahlungsmittel war, welches ganz sicheren, wenn auch nicht immer ganz stabilen Cours in fast allen Ländern hatte. Dies Verhältniß erfuhr noch eine Organisation durch den Abschluß der lateinischen Münzconvention im Jahre 1865. Zunächst



zwischen Frankreich, Italien, Belgien und der Schweiz, später trat auch noch Griechenland bei, mit Spanien und Rumänien wurde verhandelt. Die Staaten der Convention verpflichteten sich zur Annahme ihrer auf dem Fuße von 1 zu 15 $\frac{1}{2}$  geprägten Gold- und Silbermünzen im gesamten Conventionsgebiet, damit erhielt der Franc sowohl in Silber wie in Gold ein weites Ablagerungsgebiet in jenen meist sehr metallarmen Ländern und so kam es, daß die ganze enorme Steigerung erst der Goldproduction seit den 50er Jahren und dann der Silberproduction in Mitte der 60er keine besondere Schwierigkeiten auf dem Geld- und Edelmetallmarkt hervorriefen, da Frankreich die freie Präge aufrecht erhielt.

In der Mitte der 60er Jahre, wo Asien und namentlich Indien enorme Silbermassen an sich zog, war Silber in Europa gesuchter wie Gold, für das ganze Decennium von 1860—69 war der höchste Stand 15,68, der niedrigste 15,19 und der Durchschnitt 15,46 blieb noch unter dem normalen 15,50. Zu allen Zeiten flossen damals den französischen Münzen aus der ganzen Welt gewaltige Massen von Silber und Gold zu, die überreiches Umlaufskapital im Lande schufen und gleichzeitig auch den Absatz des Landes in Waaren und Fabrikaten in hohem Maße beschleunigten und begünstigten, auf diese Weise exploitierten Frankreich die Vorzüge des Bimetallismus und England die des Monometallismus ungestört durcheinander oder durch dritte. Beides fiel weg, wenn eine internationale Weltmünze zu Stande kam, und so ist es begreiflich, da die beiden mächtigsten Staaten, jeder in anderer Art sehr erheblich an den bestehenden Zuständen interessiert waren, daß der gesunde nationale Egoismus den Sieg davontrug über den theoretischen Gedanken Napoleons III. und den damals noch nicht so gewaltigen Einfluß des Großkapitals. Man konnte, wie so oft, auch hier die wahren Gründe nicht sagen, denn die besten Vortheile blühen wie die Weizen im Verborgenen



und hören auf, wenn sie öffentlich bekannt werden. Man schied also von der ersten Pariser Münzconferenz mit dem Bedauern, daß die Weltmünze auf zu große praktische Schwierigkeiten stoße, um aber doch den Anschein zu erhalten, als ob die Conferenz etwas erreicht habe und nicht resultatlos im Sande verlaufen sei, wie das Hornberger Schießen, empfahl sie den Staaten wenigstens den Uebergang zu einer einheitlichen Währung und zwar der Goldwährung. Frankreich und England mochten sich sagen, daß zwischen einer Empfehlung und einer Ausföhrung wohl noch sehr viel Wasser die Seine und Themse herunterlaufen werde, und so konnte man sich durch diese platonische Erklärung mit dem kaiserlichen Gedanken resp. seiner Verwerfung in leidlich höflichem Tone abfinden. Die weniger interessirten Staaten, die Speculanten und die Münztheoretiker konnten sich sehr wohl ein glänzendes Bild ausmalen von der angenehmen Situation, wenn die Zahlungen von Land zu Land leicht und glatt in Gold gemacht werden könnten, wenn dasselbe auch nicht die einheitliche Präge einer Weltmünze habe, wohl aber in gleichem Schrot und Korn ausgebracht sei. Auch dem systematischen Bedürfniß jener Theoretiker, die im Gold zunächst nur das „Werthmaß“ und nicht zugleich das „allgemeine Tauschmittel“ zu erkennen vermochten, that der Fortschritt sehr wohl, der darin zu erblicken war, daß bei allgemeiner Einföhrung der Goldwährung fortan ein einheitliches Maß des Werthes der Dinge vorhanden sein werde, statt wie bisher ein zweigetheiltes. In der Freude über diesen Fortschritt übersehen sie die Thatsache, daß dieser untrügliche „Werthmesser“ sich jederzeit verändert, sowie man seine Menge vermehrt oder vermindert, daß also die Einheit der Quantität wichtiger ist als die Einheit der Qualität. — Alle Welt war für Goldwährung. Wer konnte dagegen sein!

Da kam der deutsch-französische Krieg und mit ihm die Milliarden, die es dem sich einigenden Reich ermög-



lichten, seine grauenhaften Münzzustände zu verbessern, 1873 galten noch 7 Münzsysteme, unter ihnen 17 Goldmünzen, und 66 Silbermünzen, dazu 46 Sorten Papiergeld und Noten von 35 Bettelbanken, also nach mäßiger Schätzung etwa 200 Werthzeichen, darunter viel ungedecktes Papier. Die Goldwährung wurde für Deutschland damals wohl nur dem Zeitstrom folgend aus theoretischen Gründen gewählt, man mochte glauben, daß die große Goldproduction der letzten Jahre noch lange fortdauern würde, und erwog nicht oder wenigstens nicht genügend die Gefahr einer weitgehenden Entwerthung des Silbers, da man noch vor wenigen Jahren das Silber theurer wie das Gold bezahlt hatte. In Deutschland liefen, außer etwa 100 Millionen Goldmünzen, ungefähr  $1\frac{1}{2}$  Milliarde Silbermünzen um, von denen etwa  $\frac{2}{3}$  gegen Gold umgetauscht werden sollte. Bei der enormen Masse des geprägten Silbers, die in der Welt existirt und bei dem noch viel enormeren Zuwachs an Gold in den letzten Jahrzehnten, würde es wahrscheinlich keinen besonderen Eindruck auf den Markt gemacht haben, wenn Deutschlands Vorgehen nicht Maßregeln anderer Staaten nach sich gezogen hätte; so aber geriethen die Franzosen wegen ihrer freien Präge in Sorge, sie suspendirten dieselbe 1874 und nöthigten dadurch Deutschland, sein Silber, welches sonst zum pari Course gegen Gold in Frankreich umzutauschen gewesen wäre, auf den Markt zu werfen und zu verkaufen. Es mag etwas Deutschenhaß an dieser Maßregel mitgewirkt haben, die uns 72 Millionen kostete, aber ganz ungerechtfertigt war die Besorgniß doch nicht, daß der Zufluß einer Milliarde Silber und der Abfluß einer Milliarde Gold den Münzverhältnissen, der commerciellen Lage und der Valuta schaden würde. Hierzu kam, daß die Scandinavier ebenfalls zur Goldwährung übergingen und ihr Silber abstießen. Die enorme Production der amerikanischen Silberbergwerke p. p. 140—150 Millionen Mark per Jahr dauerte fort, der starke Abfluß nach Indien stockte,



da die englische Regierung statt der Silbersendungen ein System von Council bills einführte, bei dem sie die Sache allein in der Hand hatte. Der Markt war mit Silber überreich gefüllt und gleichzeitig stand zu befürchten, daß dem Silber in einem größeren Kreise die Eigenschaft als Münzmetall entzogen werden würde, die ihm bisher eine so sichere und reiche Nachfrage gewährleistet hatte, es sank mehr als  $\frac{1}{5}$  unter seinen bisherigen Werth.

Angeregt durch die fortgesetzte Entwerthung des Silbers — im Jahre 1876 war der tiefste Cours mit 19,50 statt mit 15,50 erreicht worden — traten 1878 in Paris die Lateiner, außerdem Großbritannien, Rußland, Schweden, Norwegen, Oesterreich und Nordamerika zu einer zweiten Münzconferenz zusammen, bei der Deutschland fehlte. Das war begreiflich, es war das Karnickel, welches angefangen hatte. Im Gegensatz zu der Conferenz von 1867, welche den Uebergang zur Goldwährung befürwortet hatte, war man jetzt einstimmig der Meinung, daß die Demonetisirung des Silbers und die daraus entsprungene Entwerthung desselben ein allgemeines Unglück sei. Ueber die Mittel zur Abhilfe jedoch wußte man noch nicht viel zu sagen und ging mit dem leidigen Trost auseinander, daß jeder für sich selber sorgen müsse; Grundlagen der Verhandlungen waren hauptsächlich die englischen Enquete-Ergebnisse, die eine Parlaments-Commission zusammengestellt hatte, und in der man als die Gründe der Silberentwerthung die Stockung des Silberabflusses nach Asien, die gewaltige Production Amerikas aus den neueröffneten Nevada-Bergwerken und den Uebergang Deutschlands zur Goldwährung feststellte, welcher für Skandinavien den gleichen Schritt, für Frankreich die Suspension der freien Präge und des Umtausches zur Folge gehabt hatte.

Im Jahre 1878 verpflichtete Nordamerika durch die Blandbill seine Regierung zur alljährlichen Ausprägung von mindestens 24 Mill. Dollar und höchstens 48 Mill.



Dollar in Silber, um den weichenden Silberpreisen einigen Halt zu bieten. Trotzdem wurden die deutschen Silberverkäufe immer verlustvoller; als sie in 1879 die nette Summe von 72 Millionen erreicht hatten\*), ordnete der Reichskanzler die Sistirung derselben an, obgleich noch nicht die Hälfte verkauft war. In Folge dieser Maßregel befinden wir uns in Deutschland in der sonderbaren und unangenehmen Lage, daß die Wirklichkeit den Gesetzen nicht entspricht. Wir sind mitten in der Durchführung stecken geblieben, nicht weil deren Möglichkeit, wohl aber weil deren Zweckmäßigkeit zweifelhaft wurde. Artikel 1 des Münzgesetzes von 1873 sagt: „an Stelle der in Deutschland geltenden Landeswährungen tritt die Reichsgoldwährung, ihre Rechnungseinheit bildet die Mark u.“

Dies ist heute noch nicht richtig, 12 Jahre nach Erlass des Gesetzes, wir haben die Goldmark allerdings als Rechnungseinheit aber nicht als Währung und das ist ein sehr wichtiger Unterschied. Wir rechnen mit Mark, die der 1395. Theil eines Pfundes Gold sind, aber wir können noch heute mit Silberthalern jede beliebige Summe bezahlen, während wir mit silbernen Markstücken, die nur Scheidemünze sind, nicht mehr als 20 M. zu bezahlen das Recht haben; auch die Reichsbank löst nach Belieben ihre Noten gegen Thalersilber ein, und wenn sie davon in Berlin möglichst wenig Gebrauch macht, so geschieht das mit Rücksicht auf den Wechselkurs und die Valuta; daß es ihr aber gelegentlich bis an die empfindliche Grenze ihrer Golddeckung geht, dafür haben wir den schlagendsten Beweis u. a. in der Thatfache, daß sie den Umfang ihres Goldbestandes beharrlich verschweigt.

\*) Es ist wohl kaum eine Thatfache so belehrend über die heftige und unsachliche Behandlung, welche die Währungsfrage bei uns zu erfahren hat, als daß sogar über die Höhe dieser Verluste die Angaben zwischen 20 u. 72 schwanken, obgleich die erlösten Summen amtlich feststehen, ein jeder berechnete Zweifel also ausgeschlossen ist.



Die Suspension der deutschen Silberverkäufe wirkte beruhigend auf den Silbermarkt, freilich konnten sie allein den Preis nicht wieder auf das alte Niveau bringen, da eine, wie es schien, stetige Abnahme der Goldproduction von einer steigenden Silberproduction begleitet wurde. Das große Interesse, welches Amerika, als der größte Silberproducent, und Frankreich, als Besitzer eines außerordentlich großen geprägten Silberschatzes, daran hatten, die Preisbewegung des Silbers zu puffiren, war die Veranlassung einer 1880 zu Paris zusammentretenden dritten Münzconferenz; diesmal theilte sich auch Deutschland. Amerika brachte in Uebereinstimmung mit Frankreich einen Antrag ein, einen bimetalistischen internationalen Währungsverband zwischen den Großstaaten zu gründen, nach welchem sämtliche Verbandsstaaten die Silberpräge wieder aufnehmen und nach einem geeigneten Vorbereitungsstadium die Silber- und Goldpräge ebenso freigeben, auch ebenso Gold gegen Silber umtauschen sollten, wie das Frankreich von 1803 bis 1873 gethan habe.

Es ist sehr bemerkenswerth, an diesen drei Münzconferenzen den großen Umschwung zu constatiren, den, wenn auch nicht die öffentliche Meinung, denn eine öffentliche Meinung gibt es zur Zeit über diese schwierige Materie Gottseidank noch nicht, wohl aber die Meinung der staatlichen Münzpolitiker im Laufe von 13 Jahren erfahren hat. 1867 hatte nur England die Goldwährung, alle anderen Staaten entweder Papierwirthschaft oder Silberwährung mit Goldmünzen in Zwangscours, damals hatten die Fachkreise sich für allgemeine Einführung der Goldwährung ausgesprochen, 10 Jahre später hatten sie, erschreckt durch die Folgen, welche die Versuche, diesen Rath auszuführen, hervorgerufen ihren verhängnißvollen Vorschlag von 1867 auf Uebergang zur internationalen Goldwährung indirect revocirt. 1880 trat man bereits mit dem directen Gegentheil jenes Votums, mit dem Vorschlag eines internationalen Bimetallis-



mus hervor, und wenn dieser Vorschlag nicht angenommen und in Ausführung gesetzt wurde, so hatte das hauptsächlich zwei Gründe:

Erstens ging der Vorschlag viel zu weit und dann collidirte er mit englischen und französischen Interessen. Er fiel in das andere, dem von 1867 entgegengesetzten Extrem des Radicalismus, es war eine Münzconferenz, die zusammengetreten war, auf der die einzelnen Staaten ihre individuellen monetären Bedürfnisse zum Ausdruck, nicht aber die tiefgreifendsten finanzpolitischen Principien zum Ausdruck bringen durften. Hätte sich der Vorschlag darauf beschränkt, den Verbandsstaaten zur Hebung des gesunkenen Silberwerthes die Remonetisirung des Silbers durch allmähliche Wiederaufnahme der Silberprägungen innerhalb näher zu bemessender Grenzen zu empfehlen, so wäre das allerdings ein hartes Dementi für die Autoritäten von 1867 gewesen, aber wir würden dann doch vielleicht zu einem positiven Resultat gekommen sein. Durch das Verlangen der freien Präge- und Umtauschverpflichtung jedoch, wurde in England, welches überhaupt die ganze Frage mit getheiltem Herzen betrachtete, von vornherein die Befürchtung wachgerufen, daß der nächste Effect einer solchen Maßregel einen gewaltigen Goldabfluß aus Großbritannien und den Verlust des „indischen Tributs“ zur Folge haben würde. Für Deutschland wäre die Annahme des amerikanischen Vorschlags ein offenes Bekenntniß gewesen, daß man seit 8 Jahren das absolute Gegentheil des richtigen gethan und den Metallschatz der Nation sehr bedeutend und obendrein zum allgemeinen Schaden vermindert habe. — Solche Eingeständnisse von Irrthümern, wenn auch von verzeihlichen, fallen dem Volke der Denker noch schwerer, als anderen praktischen Leuten. Auch war die Besorgniß in Deutschland nicht minder berechtigt, wie in England, daß die Einführung einer internationalen freien Präge außerordentlich große Silbermassen in die deutschen Münzen führen und das mit so schweren



Opfern erkaufte Goldgeld verdrängen werde. Unter diesen Umständen waren die Concessionen gerade der beiden Mächte, auf die es ankam, denn die Vota der übrigen Staaten waren ohne große praktische Bedeutung, nur von sehr untergeordneter Art. Deutschland erklärte sich bereit, auf eine Reihe von Jahren kein Silber mehr zu verkaufen und auch später nur immer geringe Partien an den Markt zu bringen. England wollte seine Scheidemünze verbessern und vermehren, außerdem aber der Regierung die Ausführung der Novelle zur Bankordnung empfehlen, welche dieselbe autorisirt, die Notendeckung der Bank von England bis zu 20 % mit Silber vorzunehmen, beides jedoch unter der Voraussetzung, daß an anderen Stellen außerhalb Englands Institute errichtet würden, wo man, wie früher in Frankreich, jederzeit Gold gegen Silber eintauschen könne. Es klang nicht minder wie eine Verhöhnung der Conferenz, daß sogar der Vertreter von Indien, — welches Land, nach seiner eigenen Ausführung, unter der Silberentwerthung am meisten von allen leidet, da ihm dieselbe jährlich nur an seinen öffentlichen Leistungen an England 50—60 Millionen Agio kostet — die Verpflichtung, „nichts zu thun, was eine weitere Entwerthung des Silbers herbeiführen könne“, ebenfalls von der Bedingung glaubte abhängig machen zu dürfen, daß die andern, etwa Frankreich, Amerika und Deutschland, zum Bimetallismus mit freier Präge übergingen.

Durchdringen von dem Unzureichenden dieser Zustände und Stimmungen vertagte sich die Conferenz bis zum Jahre 1882, um mittlerweile zu Hause und auf diplomatischem Wege eine Verständigung über die Maßnahmen anzubahnen, mit denen eine weitere Entwerthung des Silbers zu verhüten sei. Dieselben führten zu keinem Ende, deshalb fand ein Wiedertzusammentritt bis jetzt nicht statt.

Seit dieser Zeit ist die Frage Bimetallismus oder Goldwährung immer wieder auf die Tagesordnung der



öffentlichen Discussion gesetzt worden, bis jetzt ohne Erfolg. Es leuchtet aber ein, daß der Antrag Schorlemer-Kardorff vom März 1885 „die Reichsregierung zu ersuchen, die Wieder- einberufung der Münzconferenz zu veranlassen“, wenn er zur Annahme und Ausführung gekommen wäre, die Bereit- willigkeit Deutschlands zu weiteren Schritten und Concessi- onen im bimetallistischen Sinne dokumentirt, und damit wohl das Zustandekommen allgemeiner Maßregeln zum Schutz des Silbers gesichert hätte. Der Antrag wurde abgelehnt, oder richtiger gesagt, er wurde nicht angenommen, der Reichs- tag würde den entgegengesetzten auf Wiederaufnahme der Silberverkäufe und Einführung der Goldwährung zweifellos auch und gewiß mit nicht geringerer Mehrheit ablehnen. Herr Dr. Windthorst hat in der Motivirung seines ablehnenden Votums den Grund seiner Ablehnung unumwunden ausge- sprochen. Nicht als ob er dem Antrag sachlich ablehnend gegen- überstehe, stimme er gegen ihn, sondern weil er in so kitzeligen Fragen der Regierung die Initiative überlassen wissen wolle! Vestigia terrent! Die Autoritäten von 1867 und auch die Deutschen Währungspolitiker 1871 u. 73 haben keine Freude und keine Lorbeeren geerntet für die Initiative, die sie in dieser „kitzeligen“ Frage ergriffen.

Der deutsche Handelstag sprach sich 1861 und 1865, auf den Vorschlag des als Münz- und Währungsstatistiker hochverdienten Professors Soetbeer, zu Heidelberg und Frankfurt für Einführung der Silberwährung im deutschen Lande aus. Auf Grund derselben Autorität hat er sich seit 1868 für Goldwährung ausgesprochen. Im December 1881 lehnte er den Antrag auf eine Enquete als unnöthig ab, da alles wissenswerthe klar vorhanden sei, aber der Reichstag erklärte bereits wenige Monate später diesen Gegenstand für „noch nicht spruchreif“, und auch die in den letzten Monaten erfolgten Voten des Reichstags und des Bundesrathes, die beide eine Initiative



zur Zeit ablehnen, sind doch ganz deutliche Umschreibungen für non liquet!

In einer vom 30. März 1885 datirten Rundgebung in der Kölnischen Zeitung wird der Handelstag als der „festeste Hort unserer Währung“ bezeichnet. In wie weit dies nach der eben angedeuteten Vorgeschichte berechtigt ist, wollen wir dahingestellt sein lassen, ob er sich jetzt oder später für oder gegen die Goldwährung entscheiden wird, muß die Zukunft lehren. Sein Gewährsmann in dieser Frage, Herr Soetbeer, steht zwar für Deutschland noch auf dem seit 1868 von ihm eingenommenen Standpunkte der Goldwährung, aber es müssen Opportunitätsrückichten sein, die ihn dazu bestimmen, denn theoretisch hat er sowohl die von den Goldwährungsleuten sonst bestrittene Möglichkeit einer Wiederherstellung des Silberpreises durch eine internationale bimetallistische Münzconvention, auch ohne England zugegeben und für den — ihm allerdings unwahrscheinlichen — Fall des Zutrittes von England, seine Bedenken auch für Deutschlands Betheiligung an einer solchen fallen gelassen. Damit aber ist die Idee des Bimetallismus als berechtigt anerkannt. Der Handelstag würde demgemäß, wenn er wie 1861, 1865, 1868, 1878, 1881 u. seinem Gewährsmann Soetbeer folgen wollte, sich mindestens nicht als „festester Hort unserer Währung“ anpreisen dürfen, auch nicht, wenn er unter „unserer Währung“ die Goldwährung versteht, die wir zwar bekanntlich nicht haben, die aber jener Artikel in der Kölnischen Zeitung meint.

Angeichts dieser Situation und der mittlerweile gemachten Erfahrungen dringt man neuerdings immer lebhafter in die Reichsregierung, dieser halben Situation ein Ende zu machen, entweder den Schritt, der zur Herstellung der Goldwährung gethan, wieder zurückzuthun, oder auch nun die weiteren Schritte zu machen, die zur Durchführung derselben nöthig sind, also entweder das Thaler=



silber einzuziehen und gegen Gold umzutauschen, gleichgültig welches die daraus resultirenden Verluste sein würden, oder aber zum Bimetallismus überzugehen, das heißt die Situation, die wir im Augenblick haben, hauptsächlich auch auf gesetzliche Grundlage zu stellen und so den klaffenden Widerspruch zwischen der bestehenden bimetalischen Währung und dem Gesetze, welches behauptet, daß die Reichsgoldwährung bei uns herrsche, zu beseitigen. Den Hauptdifferenzpunkt in diesem Währungsstreit bildet die „Freie Präge“.

---

### Die freie Präge.

---

Bimetallismus heißt wörtlich übersetzt: „das System der zwei Metalle“, und in Bezug auf die Münzfrage ist es das System der zwei Münz- oder Währungsmetalle Gold und Silber. Kupfer, Bronze und Nickel, die nur als Scheidemünze geprägt werden, zählen nicht als Währungsmetalle, da Währung gesetzliches Zahlungsmittel bedeutet und Scheidemünze das nur in sehr beschränktem Maße ist, auch unterwerthig ausgeprägt zu werden pflegt.



Zur Zeit haben nach D. Haupt Währ.=Politik:

	Doppelwährung:	Goldwährung:	Silberwährung:
Latein. Union	Frankreich	England	Oesterreich
	(und Algier)	mit Canada	China
	Belgien	Australien	Indien
	Griechenland	Capland	Mexico
	Italien	Malta	Rußland
	Schweiz	Gibraltar	Strait Settlements
	Spanien	Cypern	Columbia
	Rumänien	Dänemark	Chili
	Deutschland	Schweden	Bolivia
	Holland und Colonien	Norwegen	Mauritius
	Serbien	Finnland	(Bulgarien nur Scheidemünze 12 1/2 Millionen).
	Türkei	Portugal	
	Ver. Staaten von Nordamerika	Brasilien	
	Haiti	Argentinien	
	Japan	Mittelamerika	
	Aegypten	Venezuela	
	Marokko	Cuba	

	Milliarden Frcs.	Milliarden Frcs.	Milliarden Frcs.
Ausgeprägtes Gold	12,8	3,8	1,0
Courant Silber	7,1	—	10,0
Scheidemünze	2,1	0,8	0,4
Ungedecktes Papier	6,1	1,1	3,4
	28,1	5,7	14,8

	Summa	Milliarden Frcs.
Gold	17,6	
Silber	"	17,1
Scheidem.	"	3,3
Ungeb. Papier	"	10,6
		48,6



In allen den 16 Staaten, die Doppelwährung oder Bimetallismus haben, kann man nach Belieben in Gold- oder in Silbermünzen bezahlen, die Noten der Banken können in Gold oder in Silber eingelöst werden und werden thatsächlich in beiden eingelöst. Von 1803 bis 1874 war in Frankreich und seit 1860 auch in den Staaten der lateinischen Union „freie Präge“ eingeführt, d. h. jeder Privatmann hatte das Recht, Gold oder Silber in Landesmünzen ausprägen zu lassen. Dies hörte auf, als Deutschland 1874 behufs Ueberganges zur Goldwährung sein Silber einzog und in Frankreich umprägen zu lassen und gegen Gold umzutauschen versuchte. Bis 1878 wurden wenigstens noch staatliche Silberprägungen nach einem gewissen Contingentirungssystem vorgenommen, 1878 aber dieselben ganz eingestellt, und wenn irgendwo, etwa in Oesterreich, Rußland und ähnlich finanzierten Staaten, heute Silber zur Präge zugelassen wird, so ist das jedenfalls nicht staatliche und gesetzliche Einrichtung, sondern Concession im Einzelfalle. Umtausch von Silbergeld gegen Goldgeld findet nirgends mehr obligatorisch statt. Heute haben wir also nur Bimetallismus ohne freie Präge und ohne Umtauschpflicht; und wenn diese beiden Forderungen gelegentlich als geradezu selbstverständlich und fast begrifflich mit dem Worte Bimetallismus verwachsen hingestellt werden, wie das nicht zum Vortheil unserer ganzen Währungsfrage von verschiedenen Seiten und von hervorragenden Führern fortwährend geschieht, so haben sie dabei weder die Praxis der Gegenwart noch die Geschichte der Vergangenheit und am wenigsten die Etymologie für sich.

Sie verlangen vielmehr etwas völlig Neues, was noch nirgends und noch niemals dagewesen ist, denn auch Frankreich hat in den Jahren von 1803—1874 die Präge wohl freigegeben für beide Metalle und sie gegen einander ausgetauscht, aber es hat nie eine Verpflichtung dazu übernommen, und wenn es dabei, trotz großer Productionschwankungen beider Edelmetalle, 70 Jahre ausgehalten hat,



so war das, weil „die Zeiten danach waren“, aber bei Leibe nicht weil es in theoretischer Begeisterung den bimetallistischen Gedanken in seinen radicalsten Consequenzen hätte austragen wollen. Die größere Hälfte dieser 70 Jahre fiel in die Zeit vor dem Telegraphen und vor der Eisenbahn, und diese weltumgestaltenden Verkehrsmittel haben gerade auf dem Gebiete des Werth- und Geldverkehrs die Wirkungen von Raum und Zeit in Europa und speciell zwischen London, Paris und Berlin fast annullirt, und gerade die noch vor 30 Jahren nur langsam zu überwindende Entfernung der großen Emporien von einander ließen jenes Experiment damals gelingen, welches heute ein sehr gewagtes Unternehmen sein dürfte, namentlich in Europa. Amerika steht wegen der neun Tage, die ein Schiff bis nach England braucht, heute noch in dieser Hinsicht sehr viel sicherer und besser als wir. Der Zinsverlust dieser neun Tage, die Chance, daß innerhalb derselben die Course sich ändern sowie die nicht unerheblichen See-Versicherungsprämien für Comptanten und Edelmetall stellen zur Zeit Amerika ziemlich sicher vor den Versuchen der Arbitrage, die Schwankungen des europäischen Geldmarktes rasch nach dort zu übertragen.

Frankreich verdankt seiner freien Präge den großen Metallumlauf seines Landes, den D. Haupt auf 8 Milliarden berechnet (gegen pp. 3 in Deutschland und England!!) damit die rege Gewerbsamkeit und die soliden, auf eigenem Kapital basirten, fremden Geldes nur vorübergehend bedürftigen Productions-Verhältnisse.

Aber sowie sich die Temperatur änderte, sowie die deutschen Silberverkäufe den Silberpreis ernstlich bedrohten, da 'wars sofort vorbei mit der freien Präge und dem Umtausch. Die Zeiten waren eben nicht mehr danach! Frankreich macht es jetzt gerade wie wir, es rechnet in Gold und zahlt in dem — was es gerade hat.

Die freie Präge wäre eine ganz richtig entwickelte logische Schlußconsequenz des Bimetallismus, sowie wir den Vorderatz annehmen: Alles Gold und Silber ist Geld und



ist allein Geld. Dieser Satz ist aber nicht ganz, nicht überall und nicht immer richtig. Er war auch für Frankreich nur nahezu richtig, solange daselbst die freie Präge und die noch darüber hinausgehende Praxis galt, daß die Bank und die Münze Gold und Silber jederzeit gegen Währung kauften resp. umtauschten, er ist heute aber in keinem Lande richtig, denn man kann nirgends mit Gold und Silberbarren einen Wechsel bezahlen, wenn der Inhaber Währung verlangt. Geld ist bis jetzt ein nationales Institut, die Goldwährung sowohl wie die freie Präge wollen ein internationales daraus machen. Darin liegt der Hauptdifferenzpunkt der streitenden Parteien. Geld ist nur die durch staatliche Autorität geprägte und garantierte Landesmünze. Diese Landesmünze ist selbstverständlich für jedes Land nur ein begrenzter, aliquoter Theil des gesammten vorhandenen Münzmetalls, und jedes Land hat ein ganz enormes Interesse daran, die Bestimmung über die Menge dieses seines Münzumlaufs in der Hand zu behalten, denn von dem Quantum desselben werden nicht nur die Preise im Lande mitbestimmt, sondern es wird auch durch dasselbe ganz besonders die gesammte Geschäftsthätigkeit sehr bedeutend beeinflusst.

Je mehr Baargeld in einem Lande um Anlage und Verzinsung verbend umläuft, desto billiger und desto leichter ist der Credit, desto mehr Nothigung liegt für das neu verdiente oder ersparte und für das aus erledigten Unternehmungen wieder flüssig gewordene Capital vor, auch an nicht pupillarisch sichern Anlagen sich zu betheiligen, es findet nicht mehr genug Hypotheken, Staatspapiere, Prioritäten, Grundschuldbriefe, Faustpfänder und sonstige Sicherheiten zu leidlichem Zinsfuß, sondern es muß sich ohne solche Garantien direct mit der Arbeit associiren und die guten wie die schlechten Chancen mit derselben theilen. Dadurch aber hört für das nationale Arbeitsbedürfnis die traurige Nothigung auf, unter der wir seit Mitte der siebziger Jahre so sehr leiden, daß



es mit fremdem Gelde arbeiten muß, dem es die Prioritätsrechte an die Früchte der gemeinsamen Arbeit einzuräumen, für welches es die gesammten Verlust-Chancen zu tragen genöthigt ist. Denn je weniger baares Geld im Lande umläuft, desto wählerischer und mächtiger ist das Leihkapital dem Arbeitsbedürfniß des Landes gegenüber.

Zwischen einem zu großen Baarumlauf, der das Kapital gefährdet, schädigt und Ueberproduction auf allen Gebieten begünstigt, und dem zu geringen Münzbestand, welcher dem garantirten Leih-Kapital einen viel zu großen Antheil an den Früchten der Volkswirthschaft zuweist, das wirklich arbeitende Kapital und die wirkliche Arbeit an ihrem verdienten Lohntheil erheblich verkürzt und dadurch die Consumtionskraft der Massen und des Mittelstandes schwächt — zwischen diesen beiden Extremen zu vermitteln, ist eine der größten und schwierigsten Aufgaben der Finanzpolitik eines jeden Landes. Wir befanden uns in Deutschland 1873 in dem einen Extrem und haben die wilde Haussse mit einer furchtbaren Krise und schweren Werthzerstörungen büßen müssen. Zur Zeit labiriren wir am andern Extrem, einer schon Jahre andauernden Baissse, die nicht nur das in industriellen und landwirthschaftlichen Werthen investirte Kapital fast werthlos macht und in seinem Bestande bedroht, sondern auch die Consumkraft der Bevölkerung in hohem Maße benachtheiligt. Das sind zwei schwere Krisen in 12 Jahren. Es haben in Folge derselben kolossale Besitzverschiebungen in unserm Lande stattgefunden. Die viel aufgeworfene Frage: Wer hat das Kapital gewonnen, welches nach 1873 verloren worden ist? läßt sich doch nicht wohl anders beantworten, als daß, soweit es überhaupt schon wiedergewonnen ist, es von dem consolidirten, durch seinen Umfang in sich gesicherten speculativen Großkapital aufgesogen, und dem mittleren und kleineren Besitz entzogen worden ist.

Weit entfernt, die Schuld an diesen schweren Krisen den auffälligen, mit unsern mißglückten Währungsexperimen-



ten in engem Zusammenhang stehenden ziemlich plötzlichen und nicht geplanten Schwankungen des Baarumlaufs allein zuzuschreiben, sind wir mindestens überzeugt, daß wir ohne dieselben nicht so hart und so lange unter den bösen allgemeinen Conjecturen zu leiden hätten.

1871 hatten wir (nach Schraut, dessen Zahlen für unsere Behauptung die ungünstigsten sind) rund 1580 Mill. Metallumlauf, 1873 schon 2510 Mill., das sind 930 Mill., oder wenn wir den Schatz des Julinthurmes abrechnen 810 Mill. Differenz innerhalb zweier Jahre, und der Gesamtumlauf incl. Papier beziffert sich 1871 auf 58,9 Mark, 1873 auf 75,3 Mark, 1879 auf 62 Mark pro Kopf und heute rechnet Schraut einen Umlauf von ca. 66 Mark. Das sind so exorbitante Schwankungen, daß man wohl des Beweises überhoben ist, daß dieselben Folgen gehabt haben müssen, und daß man auch wohl dafür keiner weiteren Rechtfertigung bedarf, daß Landwirthschaft und Industrie für die Beseitigung solch schwerer Mißstände die Hülfe der Leiter unserer Finanzpolitik in Anspruch nehmen.

Wenn wir nun aber von unserer Regierung die Fernhaltung resp. Beseitigung solcher Schwankungen glauben verlangen zu dürfen, so muß dieselbe doch jedenfalls die Mittel und die Macht haben, die Einflüsse zu paralyisiren, welche dieselben herbeiführen.

Bei vertragsmäßig freier Präge hat sie diese Mittel und diese Macht absolut nicht mehr, denn dann hat sie die Pflicht, jederzeit jede ihr angebotene Menge Münzmetall pari zu kaufen, sie zu prägen und dadurch für das Land als gesetzmäßiges Zahlungsmittel zu erklären. Die vertragsmäßige freie Presse ist die vertragsmäßige Verzichtleistung des Staates auf seine Münzhoheit zu Gunsten des Capitalismus. Bei vertragsmäßig freier Präge ist der Geldfürst der monetäre Souverän des Landes. Auch schon Art. 12 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873, der den Privatpersonen „das Recht“ erteilt, Gold auf den deutschen Münzstätten



münzen zu lassen, enthält eine principiell falsche und unter Umständen gefährliche, im Augenblick allerdings wegen des Goldmangels bedeutungslose Beschränkung der Staatshoheit.

Wenn nun viel gestritten wird darüber, ob Gold genug vorhanden ist, um den Münzbedarf der solventen Cultur- und Handelsvölker dauernd ausreichend sicher zu stellen, so ist wohl nicht mehr zweifelhaft, daß an Gold und Silber zusammen mehr vorhanden ist und producirt wird, als der derzeitige Bedarf dieser Völker erheischt, und auch mehr als ihre Volkswirtschaft ohne Schaden als Geld im Lande verträge. Nichtsdestoweniger würde alles, was irgend an Gold und Silber disponibel ist, in die Münzen dieser zu freier Präge verbündeten Staaten strömen, und diese würden demnach, der eine früher der andere später, aber alle ziemlich bald, genöthigt sein, auf Verminderung ihres Umlaufs zu denken, sie müßten ihre Münzen einziehen und dieselben dem verbündeten Nachbar auf den Hals schicken oder sie auf den Edelmetallmarkt werfen, von beiden Stellen würden dieselben mit tödtlicher Sicherheit wieder bei ihnen eintreffen, und wie wir uns jetzt um die zu kurze und zu leichte Decke streiten, würden wir uns dann um die Wette dem ersticken- den Druck der zu großen und schweren Decke noch rechtzeitig zu entziehen bestrebt sein müssen, denn der letzte oder auch die letzten, die unter derselben liegen blieben, hätten unzweifelhaft eine unbillige Menge des Münzmetalls, welches gerade das minder gesuchte wäre, in Besitz und sähen sich gezwungen, dasselbe auf dem großen Edelmetallmarkte als Waare zu Preisen zu verkaufen, die wir ja annähernd noch von unseren Silberverkäufen her kennen. Etwas anderes wäre die Schaffung einer Handelsmünze, für deren Wiedereinlösung kein Staat die Verpflichtung hätte und deren Circulation eine freiwillige wäre ohne Annahmeverpflichtung, wie z. B. Oesterreichische Theresienthaler, die heute noch in Wien geprägt werden, im Orient und in Nordafrika circuliren. Die Präge einer solchen Münze freizugeben, würde u. G. erheb-



lichen Bedenken nicht unterliegen. Staatsgeld aber verpflichtet den Staat zur Einlösung und die Staatsbürger zur Annahme, und wenn heute Silbergeld mit 20 % seines Nominalwerthes Creditgeld ist, so kann in einigen Jahrzehnten ebenso gut Goldgeld des Creditges bedürfen, eins von beiden bedarf ihn immer, die freie Präge erklärt nur den Credit sofort für vollstreckbar.

Einen solchen internationalen Vertrag könnte nur der Staatsmann mit gutem Gewissen schließen, der von Anfang an nicht die Absicht hat, ihn auch nur einen Augenblick länger zu halten, als es ihm vortheilhaft scheint, und dann bietet er doch zur Grundlage einer so wichtigen Sache wie des internationalen Zahlungswerthsystems etwas gar zu wenig Sicherheit.

Und was hat man im Allgemeinen und was haben wir speciell in Deutschland eigentlich für Gründe, diese vertragsmäßig freie Präge uns aufnöthigen zu lassen und damit den Napoleonischen Gedanken einer Weltmünze, den die I. Pariser Münzconferenz bereits begraben, auf Kosten unserer productiven Gewerbe heute, also nach 17 Jahren, wieder zu galvanisiren?

Wenn Frankreich allein — so sagt man — durch Freigabe der Präge in beiden Metallen 70 Jahre lang das Verhältniß von Gold und Silber trotz der enormen Productionssteigerung in beiden Metallen in der ganzen Welt aufrecht erhalten konnte, dann ist es nicht zweifelhaft, daß eine Coalition von Frankreich mit den Lateinern, Deutschland und Amerika u. u. das heute noch in viel höherem Maße garantiren kann, dann aber haben wir ein sich stets selbst corrigirendes gleiches Werthmaß und Zahlungsmittel für alle Zeit und für alle Völker, ein Geld, welches in der ganzen Welt das wirklich werth ist, was es gelten soll, kein Credit, sondern ein Werthgeld. Valutaschwankungen werden dann sofort durch eine sehr erleichterte Arbitrage beseitigt, wir werden überall viel Geld und niedrigen Zins fürs rollende



Kapital haben, und das für den internationalen Handel so gefährliche und beschwerliche Agio kommt in Wegfall.

Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die Garantie der Lateiner, Deutschlands und Amerikas den Silberpreis sehr bald wieder auf 60,84 bringen und ihn daselbst für die Garantiezeit erhalten könnte. Wer aber übernimmt die Garantie für die Dauer dieser Garantie und dafür, daß nicht Krieg oder sonstige Ereignisse eintreten, welche es einem oder mehreren dieser Staaten geradezu zur Nothwendigkeit machen könnten, die freie Präge zu suspendiren, gerade wie Frankreich sie 1874 suspendirte? Dann hätten die anderen Garantiemächte nur die Wahl, die suspendirte Garantie solidarisch mit zu übernehmen oder ebenfalls von der Garantie zurückzutreten und die freie Präge aufzuheben; dann aber hätten wir einen großen Silberkrach, das gesammte Silbergeld würde mit einem Schlage wieder Creditgeld, und das müßte um so schädigender wirken, weil sich dann voraussichtlich bedeutend viel größere Bestände an Silbermünzen in Umlauf befinden würden als jetzt, wo seit einer langen Reihe von Jahren außer den Amerikanischen Blanddollars erhebliche Silberprägungen gar nicht stattgefunden haben.

Die stillschweigende *Condicio sine qua non* für die freie Präge ist ihre ununterbrochene Dauer und die kann ihr Niemand garantiren.

Die Erfindung eines künstlichen *Perpetuum mobile* hat bisher bekanntlich keine patentfähigen Ideen gefördert, die freie internationale Präge versucht, auf juristischer Basis ein künstliches *Perpetuum stabile* zu schaffen, es ist zu bezweifeln, daß sie größern Erfolg haben werde.

Die vertragsmäßig freie Präge ist aus folgenden Gründen nach unserer Auffassung nicht zu ertragen:

1) dieselbe entzieht dem Einzelstaat die Münzhoheit und damit die Möglichkeit, den Umlauf an Baargeld, einen der wichtigsten Factoren der Preisbildung, in seinem Lande zu



reguliren, und beraubt ihn damit einer seiner wichtigsten Befugnisse im ausschließlichen Interesse des internationalen Geldhandels;

2) dieselbe würde voraussichtlich zunächst den Umlauf an Silbercourant sehr bedeutend steigern, das Gold aber, das wir doch nicht entbehren wollen, in die Länder der Goldwährung strömen lassen und wir würden schließlich thatsächlich Silberwährung haben;

3) der Begriff und die Functionen des Geldes würden vollständig verschoben; jetzt gibt es nur Staatsgeld, Landesmünze, Nationalwährung. Nur Münze ist Geld, Edelmetall ist Waare. Mit der freien Präge würde das Geld völlig international werden, man würde nicht mehr in Münze nach heutigem Begriff, sondern in Gold und Silber mit Zwangscours bezahlen, und der Münzstempel hätte nur noch den Zweck einer amtlichen Inhaltsangabe, die man heute in Berlin, morgen in Paris und übermorgen in London ändern oder anerkennen lassen könnte;

4) daraus folgt, daß die Staaten, welche sich zur freien Präge verpflichteten, die solidarische Garantie für das Werthverhältniß von 1:15,5 für alles Silber und Gold der Welt übernähmen;

5) diese Garantie ist eine ganz enorme, für ihre Beständigkeit läßt sich absolut keine Sicherheit schaffen, eine plötzliche Suspension derselben würde gar nicht zu bemessende Krisen verursachen;

6) diese Garantie ist aber auch eine ganz unnötige, es reicht für die Hebung des Silberwerthes und für die Sicherung der Valuta völlig aus, wenn Silber in den Culturländern remonetisirt, zu einem dem Bedürfniß entsprechenden Verhältniß im Satz von  $15\frac{1}{2} : 1$  zu Courantmünze wieder regelmäßig ausgeprägt und als gesetzmäßiges Zahlungsmittel neben dem Gold aufrecht erhalten wird;

7) der Umfang der daraus für jeden Staat erwachsenden Verbindlichkeit ist eine ganz geringfügige gegenüber der Ver-



pflichtung zur freien Präge, und doch kann auf Grund derselben alles geleistet werden, was das nationale Verkehrsleben vom Staat bezüglich des Münzumschs verlangen kann und muß;

8) die nationalen Bedürfnisse der Production und des Handels haben aber ein selbstverständliches Vorrecht vor den Bedürfnissen des internationalen Verkehrs;

9) der internationale Waarenverkehr Deutschlands beläuft sich auf p. p.  $3\frac{1}{2}$  Milliarden p. a. in Ausgang und reichlich eben so viel im Eingang, zusammen ca. 7 Milliarden. Er kompensirt also seinen Zahlungsbedarf in sich und könnte, wenn es nicht so wäre, für seine Interessen im Conflictsfall mit den Interessen des heimischen Werthverkehrs nicht die Priorität beanspruchen, denn der Umschlag der Reichsbank allein (72 Milliarden in 1884) beträgt etwa das Zehnfache jener 7 Milliarden Außenhandel;

10) der internationale Bank-, Börsen- und Geldverkehr würde durch Einführung der freien Präge allerdings ebenso wie durch die der Goldwährung noch mehr in die Lage kommen, die für den Bedarf des Landes bemessene und nöthige Landeswährung als wohlfeilstes Material für seinen enormen internationalen Zahlungsbedarf fortwährend zu verwenden und ihren Umfang demselben entsprechend zu steigern oder zu schmälern, die Kosten der nöthigen Gegenoperation aber — wie jetzt schon — dem Staat, der Production und dem Binnenhandel aufzubürden.

Mit dem Fortlassen der Forderung freier Präge von Landesmünzen dagegen fallen alle irgendwie haltbaren Einwendungen gegen den Bimetallismus, der mit freier Präge von Haus aus nicht das mindeste zu thun hat, sondern nur in der Hitze des Gefechts zu Unrecht mit ihr verquidct worden ist und fortwährend verquidct wird.



## Goldvaluta und Goldwährung.

Wir begreifen, daß Leute, die der Währungsfrage ferne stehen, die Begriffe Valuta und Währung miteinander verwechseln und daß gelegentlich in der Eile auch von andern einmal nicht ganz genau zwischen beiden geschieden wird. Aber im Munde von Männern und in großen Proßorganen, die öffentlich im Namen einer Währungspartei sprechen, dieser Verwechslung auf Schritt und Tritt zu begegnen, ist um so erstaunlicher, als man es dabei nicht nur mit Ungenauigkeiten des Ausdrucks zu thun hat, sondern mit großer Unbefangenheit gerade auf die Verwechslung Schlüsse aufgebaut sieht, die ohne sie nicht möglich wären. Es ist die Vertauschung des Begriffs Valuta und Währung oder Münzordnung fast schon zu einer Waffe geworden, die nach dem Publikum, welches sich ihrer bedient, bereits einen gewissen Anspruch auf Vornehmheit erheben könnte.

Valuta ist der gesetzliche Rechnungswerth, Währung ist gesetzlicher Zahlungswerth, gesetzliches Zahlungsmittel. Wir in Deutschland haben Gold=Valuta, d. h. wir rechnen seit dem Gesetz vom 9. Juli 1873 nach Mark Gold, von denen 1395 auf das Pfund fein gehen, wir zahlen aber zur Zeit nach einer Doppelwährung, indem nicht nur die Kronen, Doppelkronen und halben Kronen (10-, 20- und 5-Mk. Stücke), wie das angezogene Gesetz bestimmt, sondern auch die noch coursirenden Thaler auf Grund der Uebergangsbestimmungen in Art. 15, 1, gesetzliche Zahlungsmittel sind. Dort heißt es:

„An Stelle der Reichsmünzen sind bei allen Zahlungen „bis zur Außercourssetzung anzunehmen

„im gesammten Bundesgebiet an Stelle aller Reichsmünzen

„die Ein- und Zweithalerstücke deutschen Gepräges unter

„Berechnung des Thalers zu 3 Mark.“

Bis zu der zur Zeit noch nicht erfolgten Außercourssetzung der Thaler durch den Bundesrath haben wir also die



Pflicht, Silberthaler à 3 Mark anzunehmen und das Recht, in Silberthalern zu bezahlen, auch die Reichsbank kann ihre Noten mit Silberthalern eintösen und macht in den Provinzen überall von diesem Rechte Gebrauch.

Es ist einleuchtend, daß es durchaus unberechtigt ist, einen solchen Zustand Goldwährung zu nennen, es ist unbestreitbar Doppelwährung. „Aber der Name thut ja nichts zur Sache, die wenigsten Leute kennen den feinen Unterschied“, denkt vielleicht der freundliche Leser. Aber das ist in diesem Fall irrig, hier thut der Name sehr viel, sogar Alles zur Sache, denn gerade weil die meisten diese Verwechslung nicht merken, fallen sie auf einen, ganz allein durch dieselbe ermöglichten, wenn auch gewiß nicht immer beabsichtigten Trugschluß herein.

Es ist nämlich nicht zu bestreiten, daß das Publikum sich in Erinnerung an unsere greuliche Geld- und Papiervirtschaft vor 1873 bei den heutigen Zahlungsmitteln, namentlich unsern Goldstücken mit Recht sehr wohl fühlt und deshalb einer durchgreifenden Abänderung unserer bestehenden Münz-Verhältnisse ganz zweifellos abgeneigt ist. Nun wird von Seiten der Vimetallisten nur die gesetzliche Sicherung und Fortbildung dieser bestehenden Münzzustände angestrebt. Dieselben wollen nach wie vor in Gold wie in Thalercourant jede Summe bezahlen können, sie verlangen also unsere thatsächlich bestehende, aber nur auf die oben citirte Uebergangsbestimmung gestützte Doppelwährung, die jetzt jeden Augenblick durch eine Verordnung des Bundesraths verändert werden kann, auf gesetzliche Basis gestellt zu sehen.

Die Goldwährungspartei dagegen verlangt Verkauf der pp. 450 Millionen Mark Silberthaler, also Abänderung der bestehenden Verhältnisse durch Beseitigung des Silbercourants und der Möglichkeit, in Silber Zahlungen leisten zu können. Trotzdem wird aber fortwährend von Seiten der Goldwährungspartei in allen Tonarten die Melodie variirt: „Wir, die



„Goldwährungspartei, sind das einzig feste Bollwerk unserer „bestehenden Währung, mit der wir alle so glücklich „und zufrieden sind, aber die bösen Bimetallisten rütteln „fortwährend an den Fundamenten derselben und wollen „das Gold ins Ausland treiben“. Das ist eine Verkehrung des Sachverhalts in sein Gegentheil durch die falsche und unberechtigte Behauptung oder Annahme, daß wir heute Goldwährung hätten, während wir nur Goldvaluta und Doppelwährung haben. Auf Grund dieses, lediglich durch die unberechtigte Vertauschung beider Begriffe, ermöglichten Trugschlusses ist es in der That gelungen, recht viel Confusion anzurichten und einstweilen Leute auf jene Seite zu ziehen, die nur das Bestehende nicht alterirt wissen wollen, sonst aber von der Sache nicht viel Vorstellung haben. Um deren willen glauben wir hier gegen diese schiefe Darstellungungsweise Verwahrung einlegen zu sollen.

An den Fundamenten der bestehenden Währung rütteln nicht die Bimetallisten, sondern die Goldleute, es fällt auch den Bimetallisten nicht ein, das Gold aus dem Lande treiben zu wollen, im Gegentheil, sie glauben, wenn die jetzt zu kurze Decke des Währungsmetalls durch gesetzliche Remonetisirung des Silbers wieder lang genug für alle sein wird, daß dann der Kampf ums Gold, der uns jetzt jährlich hunderte von Millionen an zu hohem Diskont u. kostet, aufhören oder jedenfalls sehr viel billiger sein werde, deshalb treten sie ein für Legalisirung und definitive Beibehaltung des Thalersilbers und Wiederaufnahme staatlicher Silberprägungen. Dagegen aber wollen die Goldleute unser gutes Silbergeld, welches sie entwerthet und zur Hälfte mit Verlust bis zu 20 % verkauft haben, vollständig à tout prix verkaufen und aus dem Lande treiben.

Nicht minder unverständlich ist der anscheinend auch an diese Verwechslung anknüpfende, von sehr angesehener Seite gemachte Versuch, nachzuweisen, daß die Diskontverhältnisse sich nach der Einführung der Goldwährung gegenüber



den letzten Jahren vorher nicht unmerklich gebessert hätten. Die Behauptung scheint uns nicht glücklich zu sein, die Beweisführung noch viel weniger. Es heißt da:

„Jeder Bedarf an Zahlungsmitteln setzt sich daher in „Begehr nach Darlehn auf kurze Zeit bei der Reichsbank um, „und da diese ihren Diskonto mit Rücksicht auf die Größe „dieses Begehrs erhöht oder herabsetzt, so muß ein Gold= „mangel in erhöhten Diskontofätzen sich zeigen. Von dieser „Wirkung ist aber in den letzten Jahren nichts zu bemerken „gewesen. Der durchschnittliche Diskonto bei der Reichsbank „war in den letzten 5 Jahren

1879	3,70	%
1880	4,24	„
1881	4,42	„
1882	4,54	„
1883	4,047	„

„Von 1879—1883 also 4,17 %.

„Dagegen in den letzten 5 Jahren vor Einführung „der Goldwährung, wenn wir die außerordentliche Kriegs= „zeit von 1870—1871 weglassen,

1865	4,96
1866	6,21
1867	4,00
1868	4,00
1869	4,24
1865--1869	4,68

„Wiederholt haben die Zeitungen in den letzten Jahren „von der Schwierigkeit berichtet, welche die Bank habe, ihre „Fonds in guten Wechseln anzulegen, wie sie dazu überge= „gangen sei, aus freier Hand an der Börse Wechsel anzu= „kaufen u. s. w. So fehlt es im Bankwesen ganz an den Symp= „tomen, die sonst einen Mangel an Zahlungsmitteln begleiten.“

Wir haben hiergegen zu erwiedern:

Zunächst datirt, wie gesagt, die soi-disant Goldwährung in Deutschland überhaupt noch nicht, namentlich aber nicht





vom Jahre 1879, die ersten vorbereitenden Schritte zu ihrer Einführung datiren vom Jahre 1871, die weiteren aus 1873, vom Jahre 1879 datirt im Gegentheil die Suspendirung dieser vorbereitenden Schritte zur Goldwährung, jene Sistirung der deutschen Silberverkäufe, die bekanntlich die große Silberpanik zum Stehen brachte. Wenn also jemand nachweisen kann, daß es nach 1879 besser geworden sei als vorher, so spricht das nicht zu Gunsten der Goldwährung, sondern gerade gegen dieselbe, indem das dann zweifellos als Folge der Festhaltung unserer Doppelwährung aufgefaßt werden müßte. Auch hier ist also derselbe Fehlschluß zu tabeln, der, Goldvaluta mit Goldwährung verwechselnd, die Wirkungen der bestehenden Doppelwährung der nicht bestehenden Goldwährung zugut schreiben will.

Hätte jene Aufstellung, statt von 1879 anzufangen, bereits von 1872 oder mindestens mit 1873 begonnen, wie sie wohl hätte thun müssen, so würde sie als Durchschnitt für die Jahre 1873—1883 nicht 4,17 sondern 4,36 bekommen haben, und wenn sie dann, wie ebenfalls richtig gewesen wäre, nicht nur die Kriegsjahre 1870/71, sondern auch das Kriegsjahr 1866 mit Jahresdurchschnitt von 6,21 % Bankdiscont außer Betracht gelassen hätte, so würde sie als Durchschnitt für die Jahre 1865—69 incl. ganz gewiß nur 4,30 Durchschnittsdiscont erhalten haben, ihr Beweis wäre dann allerdings auch äußerlich vollständig ins Wasser gefallen, denn zu unserm lebhaften Bedauern haben sich die deutschen Discontverhältnisse in den letzten Jahren nicht gebessert, wie wir an anderer Stelle (pag. 56) des Weiteren nachzuweisen und zu begründen gedenken.

Die Rechnung stellt sich also folgendermaßen richtig: die Bankrate betrug im Durchschnitt der Jahre 1865—69 (excl. 1866 als Kriegsjahr), also zur Zeit der Silberwährung mit Gold im Zwangscours 4,30 %  
1873—1878 also zur Zeit der Silberverkäufe und Vorbereitung der Goldwährung 4,50 "



1879—1884 also seit der Siftirung der Silberwährung und in der Zeit der herrschenden Doppelwährung 4,16 ‰

Wer hieraus etwas zu Gunsten der Periode von 1873 bis 1878 herzuleiten wagt, wo wir doch der Goldwährung am nächsten waren, der mag es sagen; wir halten die Zahlen der officiellen Bankrate überhaupt nicht danach angethan, seine Unterschiede zu signalisiren. Die traditionellen 4 ‰ werden äußerlich ruhig weitergeführt, zum großen Nachtheil der Industrie und des kleineren Geschäftes, dem sie noch angerechnet werden, wenn auch der effektive Diskont für die erste Hand bis auf 2 ‰ gesunken ist.

Bezüglich des korrekten Gebrauches der Worte Goldvaluta und Goldwährung müssen wir aber dringend an die Loyalität unserer Gegner appelliren.

### Was drängt zur Entscheidung?

Wenn in Folge starker Nachfrage nach Gold in London einmal 10 Millionen Mark von Berlin dahin abgehen, an deren jeder die Agiotage 1000 Mark verdient — in Summa also 10 000 Mark —, setzt die Reichsbank den Zinsfuß von 4 auf 5 ‰ und 6 ‰, und die gesammten Discontours im Reiche folgen nach, diese Erhöhungen dauern selten weniger als 30 Tage. Berechnen wir einmal, was eine solche Erhöhung der kreditbedürftigen Geschäftswelt kostet. Der Gesamtgewinn der Bank an Zins-, Wechsel- und Lombardgeschäften betrug 1884 rund 17 Millionen Mark, pro Monat 1,416,000 Mark. Nehmen wir an, daß das bei durchschnittlich  $3\frac{1}{2}$  ‰ erreicht wurde — die Bankrate in 1884 war stets 4 ‰, der Privatdiskont im Durchschnitt aber nur 2,92 und die Bank diskontirt gute Papiere zum Privatdiskont — so macht der Aufschlag von 1 ‰ im Monat

$$\frac{1,416,000}{3,50} = 405\,000 \text{ Mark per Monat Mehrgewinn für}$$



die Reichsbank. Rechnen wir weiter, daß das Darleih- und Diskontgeschäft der Reichsbank etwa 5 % der gesamten, direkt durch den Diskont beeinflussten, Wechsel- und Lombardgeschäfte im Reiche bilde, was sehr hoch gerechnet sein dürfte, — so beträgt die Summe, die die deutsche Geschäftswelt bezahlen muß, um die Aktion wieder auszugleichen, durch welche die Agiotage der Reichsbank 10 Millionen Mark Gold entzog und 10 000 Mark verdiente, rund täglich 270 000 Mark, in Summa pro Monat 8 100 000 Mark oder mehr als drei viertel der gesamten exportirten Summe und 810 Mal so viel, als die Agiotage verdiente! Diese Gelder fließen aus den Taschen der kreditbedürftigen Geschäftswelt in die des privilegierten Leihkapitals, und die Spitze desselben, die Reichsbank, giebt dazu das Signal. Hätte sie statt dessen 10 Mill. Mark Gold in Paris, London oder sonst wo im Laufe des Monats gekauft und zurücktransportirt, so hätte das wohl auch 10 000 Mark, vielleicht auch etwas mehr, wahrscheinlich aber weniger gekostet, sie besitzt ca. 300 Millionen zinsfreies Geld vom Reich als Monopol, und ein Theil von deren Zinsen dürfte billigerweise zu derartigen finanziellen Bedürfnissen verwandt werden.

Solche Disconterhöhungen sind ein für die Production sehr kostspieliges und zugleich höchst irrationelles Verfahren. So lange die Preussische Bank in Gold, Silber und Papier zahlte und Noten einlöste, wurde der Diskont nur erhöht, wenn Geld knapp war, und wenn in der Hauptbank Geld knapp war, war es im ganzen Lande knapp, die Disconterhöhung, die dann Geld aus dem Ausland holte, geschah damals also im allgemeinen Landesinteresse. Heute aber wird im ganzen Lande der Diskont schon erhöht, wenn zu Berlin in der Reichsbank nur Gold knapp ist, und man dort befürchten muß, die eigenmächtige Fiction einer Berliner Bank-Goldwährung nicht mehr aufrecht erhalten zu können! Dabei kam anderes Geld im Ueberfluß da sein und ist sehr oft im Ueberfluß da.



Das wichtige Notenprivileg der Reichsbank wird dieser Berliner Goldwährung zu liebe nicht ausgenutzt, sie könnte 100—150 Millionen Noten mehr ausgeben und damit die direkten Credite erweitern, aber sie fürchtet für ihre Golddeckung in Berlin. Frankreich hat beinahe doppelt, Holland, Belgien und Amerika haben das Dreifache des Notenumlaufs pro Kopf wie wir, nur England, welches mit uns in gleicher Sorge ums Gold ist, hat weniger.

Mit dem Verzicht auf die entsprechende Benutzung ihres Notenprivilegs verzichtet die Reichsbank aber nicht nur auf Dividenden, wie sie die Preussische Bank früher zahlen konnte,\*) sondern vor allem auf die wichtigste Funktion einer Nationalbank, auf die Regulierung und ausgiebige Speisung des Umlaufs. Und alles das aus gegründeter Besorgnis für den Goldbestand und Sorge um die Berliner Valuta! Das ist nicht im Interesse des Landes!

Die Notendeckung der Reichsbank hat in den letzten zwei Jahren im Jahresdurchschnitt über 80 % betragen. Verpflichtet ist sie nur zu Eindrittel Deckung. Die Übersicht stellt sich wie folgt:

Notendeckung der					
	Preussische Bank	bei einem Geldumlauf pr. Kopf von		Reichsbank	bei einem Geldumlauf pr. Kopf von
1869	59,00 %	ℳ 52,2	1876	74,55 %	ℳ 69,9
1870	52,85 "	" 59,9	1877	75,27 "	" 65,6
1871	59,66 "	" 58,9	1878	79,35 "	" 62,9
1872	68,28 "	" 66,3	1879	80,00 "	" 64,2
1873	76,98 "	" 75,3	1880	76,47 "	" 64,4
1874	82,46 "	" 75,3	1881	75,26 "	" 66,0
1875	73,45 "	" 73,3	1882	73,49 "	" 66,2
			1883	81,64 "	" 66,8
			1884	80,74 "	"

\*) Die Bankdividenden betrugen:

a. Preussische Bank von 1865—1875 in Procenten:  
 10<sup>14</sup>/<sub>15</sub>. 13<sup>1</sup>/<sub>5</sub>. 8<sup>1</sup>/<sub>10</sub>. 8. 9<sup>1</sup>/<sub>5</sub>. 11<sup>3</sup>/<sub>4</sub>. 12<sup>3</sup>/<sub>10</sub>. 13<sup>1</sup>/<sub>5</sub>. 20. 12<sup>3</sup>/<sub>4</sub>.  
 15<sup>3</sup>/<sub>5</sub>. Durchschnitt 12,52.

b. Reichsbank seit 1876:

6,12. 6,29. 6,30. 5,0. 6,0. 6,66. 7,5. 6,25. 6,25.  
 Durchschnitt 6,29.

Also eben die Hälfte!



Diese Tabelle zeigt deutlich einmal, daß die Notendeckung genau mit dem Uebergang zur Goldvaluta nach 1871/73 von 50—60% auf 70—80 und darüber im Jahresdurchschnitt steigt und zweitens, daß dieses Steigen, welches bei dem um 44% gewachsenen Baarumlauf nach 1871 natürlich war, auch in den letzten Jahren stetig stattgefunden hat, trotzdem der Baarumlauf erheblich vermindert ist, die Notenausgabe also sich naturgemäß hätte heben müssen, wenn der Bedarf des Landes und nicht die Besorgniß vor dem Goldabfluß in Berlin maßgebender Factor gewesen wäre.

Dieser Uebelstand ist eine Folge unserer mißlungenen Versuche, zur Goldwährung überzugehen. Seit dieser Zeit sind die Diskonterhöhungen vielfach nicht mehr vom allgemeinen Landesinteresse dictirt, sondern nur noch eine vom Großkapital im Interesse des Berliner Places, und ganz besonders des Diskontgeschäftes, dem gesammten Productionsstand willkürlich dictirte Steuer von p. p. 270 000 Mark pro Tag und  $\frac{1}{2}\%$ , von deren Ausdehnung man sich vermuthlich auch an denjenigen Stellen kaum Rechenschaft gegeben haben dürfte, an denen man sie besser berechnen kann, als wir, denen nur das unzureichende Material der öffentlichen Berichte zur Verfügung steht. Denn es sind nicht nur die einzelnen und vorübergehenden Diskonterhöhungen von 4 auf 5 und 6% für Wechsel und 7 für Lombard, sondern es ist unser gesammter Diskontstand und damit allgemein der gewerbliche Zinsfuß des Landes, der durch die Jagd nach und den Kampf ums Gold dem Geschäfte im Lande viel zu theuer zu stehen kommt. Denn da unser Wechseldiscount — wie wir gleich sehen werden — im Jahresdurchschnitt immer etwas über ein Procent höher ist wie der von England und Frankreich — von Amerika gar nicht zu reden — so beträgt der Schaden, den unsere durch die Goldnoth hervorgerufene Discoutpolitik nur am Wechselverkehr, also ohne Rücksicht auf



den viel größeren, sonstigen zinsbaren Werthverkehr, den Productivständen und dem inneren Waarenhandel verursacht, rund 100 Millionen Mark p. Jahr. Wenn eine solche Steuer schon für die Berliner Goldwährung nöthig ist, wie hoch kommt uns dann die allgemeine Goldwährung zu stehen, wo die allerorts fälligen Wechselverbindlichkeiten täglich in Gold gezahlt werden müssen!

Es ist ein schwerer Irrthum, wenn der oben citirte Aufsatz in den Preussischen Jahrbüchern eine Besserung unserer Discontverhältnisse aus dem angeblichen Herabgehen der officiellen Bankrate seit 1879 glaubt herleiten zu dürfen. Betrachten wir nachstehende Tabelle:

	im Durchschnitt der Jahre		Abnahme
	1863—1875	1875—1884	
bei der Bank von England	4,086 %	3,198 %	22 %
bei der Bank von Frankreich	4,197 %	3,098 %	26 %
bei der Preuß. Bank resp. Reichsbank	4,632 %	4,268 %	8 %

Das ist keine Verbesserung unserer Discontsätze, sondern eine erhebliche Verschlechterung derselben, denn nicht die absolute Höhe der Bankrate ist das Wesentliche, sondern ihr Verhältniß zu den Bankraten der Concurrencyländer.

Man wende nicht ein, daß neben unserer Bankrate ein Privatdiscont hergehe, der zwischen 1 und 2% billigeres Geld liefere als jene, dasselbe findet in London und Paris auch statt, wenn auch dort die Differenz mit dem officiellen Bankdiscont nicht so groß sein kann, da die Bankrate schon niedriger ist. Aber für die Production des Landes hat das nur wenig Bedeutung, da der Privatdiscont vorwiegend, wenn nicht ausschließlich, den großen Bankfirmen zugut kommt, welche mit dem auf diese Weise billig be-



schafften Geld zu Bankdiscount und darüber weiter discountiren.

Noch viel schlimmer stellt sich das Verhältniß zu unserem gefährlichsten Concurrenten, zu Amerika. Es betrug der Discount im Jahresdurchschnitt zu

	Newyork	Berlin	Paris	London
1880	5,25 %	4,23 %	2,83 %	2,77 %
1881	5,28 %	4,44 %	3,90 %	3,52 %
1882	2,71—3,76 %	4,55 %	3,77 %	4,17 %
1883	2,13—3,06 %	4,02 %	3,07 %	3,55 %
1884	1,63—1,65 %	4,00 %	3,00 %	2,94 %
1885 I./II.	1,06 %	4,24 %	3,00 %	3,50 %

Amerika hat also zur Zeit 3 %, Frankreich  $1\frac{1}{4}$  %, England  $\frac{3}{4}$  % billigeres Geld wie Deutschland. Frankreich und Amerika, Paris und Newyork haben reichlichen Baarumlauf und gesetzliche Doppelwährung, Frankreich hat 3 Milliarden Silbergeld, Amerika prägt seit 8 Jahren ca. 100 Millionen Mark Silber jährlich und giebt dreimal so viel Noten aus als wir, unsere Reichsbank verzichtet immer mehr auf Notenausgabe und kämpft bei unzureichendem Umlauf mit der Bank von England den aussichtslosen Kampf ums Gold, und in Folge davon haben wir  $1\frac{1}{4}$ —3 % theureres Geld wie jene. Dieser hohe Discount ermöglicht bei uns dem flottirenden Börsen- und Speculationskapital, sich fortwährend ohne längere Festlegung leidlich zu verzinzen, Agiotage zu treiben, ernsthafte Engagements in Industrie und Landwirthschaft zu vermeiden und die dadurch hervorbrachte Kapitalnoth und Creditbedürftigkeit dieser Berufsstände zur Erreichung sehr hoher Zinsen bei thunlichst geringem Risiko für Anleihen u. zu benutzen. Die Kosten zahlen natürlich Landwirthschaft, Industrie und Binnenhandel. Was aber derartige dauernde Zinsdifferenzen, wie die obigen gekennzeichneten, für die creditbedürftigen Productivstände bedeuten, haben wir bereits im Jahresbericht von 1881 in



einer Calculation zu veranschaulichen gesucht, die mittlerweise in der Währungsdebatte mehrfach citirt worden ist und die wir deshalb untenstehend reproduciren. \*)

\*) Der Umschlag der Reichsbank betrug im Jahre 1881 56 Milliarden. Nehmen wir an, daß derselbe den 20. Theil des gesammten geschäftlichen Werthverkehrs im Reiche darstelle, nehmen wir ferner an, daß nur bei der Hälfte dieses Werthverkehrs eine Zinsberechnung eintrete, so hätten wir einen verzinsslichen Werthverkehr von 560 Milliarden Mark; nehmen wir ferner an, daß der Durchschnitt der Zinsberechnung aller Zins- und Discontgeschäfte sich auf  $\frac{1}{8}$  Jahr berechne, so hätten wir den achten Theil jener 560 Milliarden, also 70 Milliarden mit vollen Jahreszinsen in Rechnung zu stellen. Nun betrug der Discontsatz im Durchschnitt der drei Jahre 1878, 1879 und 1880 in Paris 2,50 pCt., in London 3,07 pCt., in Brüssel 3,22 pCt., in Amsterdam 3,37 pCt., in Berlin 4,17 pCt., in Wien 4,23 pCt.

Danach hat Handel und Wandel in Deutschland in jedem dieser 3 Jahre für das ihm nöthige Geld 1,67 pCt. mehr bezahlt wie der konkurrirende Handel und Wandel in Frankreich; 1,67 pCt. von 70 Milliarden ergiebt die gewaltige Summe von 1169 Millionen Mark per Jahr, welche ziemlich genau der halben Staats- und Gemeindesteuerlast Frankreichs entspricht, die sich in 1879 nach der „Prov.-Correspondenz“ auf p. p. 2200 Millionen Mark belief.

In diesen Zahlen mag man ja handeln und markten können, obgleich sie nicht aus der Luft gegriffen sind. Die Reichsbank hatte im Jahre 1881, wie bemerkt, einen Gesamtumschlag von 56 Milliarden Mark bei einem Actienkapital von 120 Millionen Mark und hat einen Reingewinn von 11,9 Millionen Mark, rund 10 pCt. Das Deutsche Handelsblatt zählt in Nr. 6 vom 9. Februar 1882 87 Banken auf, die zusammen 872 Millionen Actienkapital vertraten, zuzüglich 26 Hypothekenbanken 1066 Millionen Actienkapital aufwiesen und einen durchschnittlichen Reingewinn von 94 Millionen oder 8,7 pCt. vertheilten. Alle diese waren Actien- oder sonstige Gesellschaftsbanken und besaßen bereits beinahe das neunfache des Actienkapitals der Reichsbank; rechnen wir hierzu die lange Reihe der großen Banquiers, über deren Betriebskapital und Umschlag ebensowenig zu erfahren ist, wie über die nach vielen Hunderten zählenden mittleren und kleineren Bankgeschäfte, in denen vorwiegend der Geldbedarf des mittleren und kleineren Industrie- und Handelsstandes vermittelt wird, so erscheint die Annahme, daß der bank-



Nach denselben Grundlagen und dem Umsatz der Reichsbank von 1880 (56 Milliarden) berechnet, (pro 1884 beträgt derselbe schon 72 Milliarden) würden wir demnach durchschnittlich pro anno für die gleichen Summen des gesamten zinsbaren Werthverkehrs mehr an Zins bezahlen im Vergleich mit

England ( $\frac{3}{4}\%$ ) Frankreich ( $1\frac{1}{4}\%$ ) Amerika ( $3\%$ )  
570 Mill. Mark. 950 Mill. Mark. 2280 Mill. Mark.

Berücksichtigen wir aber auch nur den Wechselverkehr nach der Calculation pag. 56 so muß derselbe pro anno mehr leisten im Vergleich mit

England ( $\frac{3}{4}\%$  mehr) Frankreich  $1\frac{1}{4}\%$  Amerika  $3\%$   
73 Mill. Mark. 121,5 Mill. Mark. 291,6 Mill. Mark.

Was diese Summen, die doch vorwiegend als Mehrbelastung der Productions- und Vertriebskosten betrachtet werden müssen, in unserem Haushalt für eine Rolle spielen

---

mäßige Werthverkehr Deutschlands das 20fache des Umschlages der Reichsbank betrage, gewiß nicht ohne Anhalt gegriffen.

In London schätzt man in der Bank nahestehenden Kreisen den Verlust des Landes infolge seiner letzten mehrwöchentlichen Disconterhöhung auf 5 und 6 %, wie man uns von wohlorientirter Seite mittheilt, auf eine Milliarde Mark. Die von uns herangerechnete Summe von 1169 Millionen erscheint demgegenüber gewiß nicht übertrieben, obgleich sie die Höhe der deutschen Reichs-, Staats- und Gemeindesteuerlast — etwa 1100 Millionen Mark — noch beträchtlich übersteigt. Die Steuerkraft, der Erwerb und die Exportfähigkeit der produktiven Kräfte unseres Landes sind danach der französischen Konkurrenz gegenüber um mehr als den Betrag der Gesamtsteuer durch den höheren Discont benachtheiligt. Oder mit anderen Worten: die produktive Arbeit Deutschlands würde ohne irgend welche Lastenvermehrung gegen jetzt die Gesamtsteuerlast Deutschlands tragen können, wenn ihr das Geld ebenso billig zur Verfügung stände, wie der französischen Konkurrenz.

Es ist gewiß begreiflich, daß das Kapital sich in Unternehmungen, die unter dem Atmosphärendruck solcher Arbeitserschwerung zu arbeiten gezwungen sind, nur ungern festlegt, sondern ausländische Anlagen vorzieht.



wird am besten klar, wenn man erwägt, daß z. B. der Gesamtwert der Ruhrkohlenförderung 1883 auf 132 Millionen Mark veranschlagt wurde, und daß jene 291 Mill. Mark, die wir im letzten Jahre an Wechseldiscount mehr bezahlt haben als die Amerikaner, ausgereicht hätten, die p. p. 4500 Millionen, die in Deutschland als Aktienkapital der verschiedenen Gesellschaften eingezahlt sind, mit ca.  $6\frac{1}{2}\%$  zu verzinßen!

Wenn diese Zahlen auch nur zu ihrem kleineren Theile richtig wären, so würden sie immerhin schon auf eine gewaltige Fehlerquelle hinweisen, der nachzuspüren sich verlohnen müßte. Zu der Thatsache, daß alljährlich gewaltige Summen in unserm Volkshaushalt der eigentlichen menschlichen Arbeit, die sie geschaffen hat und ihrer auch bedarf, in Folge unserer wirthschaftlichen Einrichtungen entzogen und dem anspruchsvollen Leihkapital gewissermaßen als Superdividende zugewiesen werden, passen die sehr bedenklichen weiteren Thatsachen ganz genau, daß bei uns die höchsten und die niedrigsten Einkommenklassen zunehmen, die mittleren dagegen Rückgänge zu verzeichnen haben, daß also trotz des zunehmenden Reichthums die Massenverarmung Fortschritte macht, und daß in Folge davon die Consumtionskraft unseres Volkes seiner Produktionskraft und seinem Produktionsbedürfniß nicht entspricht. Denn woran wir leiden, ist nicht sowohl constitutionelle Ueberproduktion, sondern constitutioneller Minderconsum. Da macht es aber einen großen Unterschied, ob von den sechzehn bis zwanzig Milliarden, die das Einkommen des deutschen Volkes bilden, 6—800 Millionen mehr den mittlern und untern Einkommenklassen verbleiben, sich auf mehrere Millionen Familien vertheilen und deren Consumtionskraft um einige hundert Mark verstärken, oder ob sie in die Arnheims der obern Zehntausend wandern, wo sie, dem Consum entzogen, gerade das verhängnißvolle Leihkapital vermehren, als Anleihen ins Ausland fließen und dort der Concurrenz dienen.



Welche Sätze aber Industrie und Landwirthschaft auch bei 2—4% Wechseldiscont für ganz solide Anleihen zahlen müssen, kann man bereits aus dem Durchschnitt des Ertrages der Bankkapitalien ungefähr ermessen, denn solche Anleihen sind langfristige Geschäfte ohne öftern Umschlag, und die sind nicht die billigsten, ihr Zinssatz liegt demgemäß über dem Durchschnittsertrag der Banken und gelegentlich recht hoch über demselben! Die solide Industrie bezahlt ihren Kredit bis zu 10%, und in Folge davon bleibt für ihr Stammkapital nicht einmal mehr der landesübliche Zins. Die Klage ist allgemein, daß das in der Landwirthschaft angelegte Kapital im Durchschnitt kaum 2% aufbringe, unsere Kohlen- und Eisenindustrie hat in den letzten 10 Jahren ganz gewiß nicht mehr aufgebracht. Der „landesübliche“ Zinsfuß für ausreichende Sicherheit steht zur Zeit zwischen  $3\frac{1}{2}$ —4%, während das durch unsere Bank- und Münzverhältnisse privilegierte Bank- und Börsenkapital mit einem Durchschnitt von 6% nicht zufrieden ist. Wie sich nun gar erst dasjenige Kapital verzinst, auf dessen Ertrag neun Zehntel unserer Bevölkerung allein angewiesen sind, — die Arbeitskraft — das läßt sich allerdings in Prozenten nur sehr schwer ausdrücken, aber die gewaltige Auswanderung, die große Menge der Beschäftigungslosen, die ängstliche Sorgfalt, die man in allen Staaten der Lohnfrage widmet, auch die erbitterten Kämpfe, die bei Gelegenheit der durch die allgemeine Baiße hervorgerufenen, an sich meist unbedeutenden Lohnreductionen entbrennen, das Massenangebot bei ganz ärmlichen Stellen in den meisten Berufsclassen, sowie die erschreckende Thatsache, daß 1884 von 9357 000 Einkommensteuerpflichtigen

4 040 000	unter 420 Mark pr. Jahr
und weitere 2 731 000	„ 660 „

---

Summa 6 772 000 unter 660 Mark pr. Jahr



eingeschätzt sind, oder mit anderen Worten, daß beinahe drei Viertel der Bevölkerung Preußens nur ein höchst dürftiges Einkommen zu erreichen vermag, — alles das zusammen beweist, daß dieses Arbeitskapital mit seiner Rente nicht den Procentsatz der Privilegirten, auch nicht den „landesüblichen“ erreicht, sondern die unzureichende Verzinsung des in Industrie und Landwirthschaft festgelegten Stammkapitals theilt. Das sind schreiende Mißverhältnisse, es ist mehr wie unbillig, daß diese beiden nothleidenden Factoren, die Menschenarbeit und das Stammkapital, jene unverhältnißmäßig hohe Verzinsung des privilegierten Leihkapitals durch ihre Arbeit zu garantiren gezwungen werden.

Die nachstehende Vergleichung der Einkommensverhältnisse unseres preussischen Volkes zeigt, daß die Entwicklung unseres Erwerbslebens sich in geradezu drohender Weise in falschen Linien bewegt.



Einkommensverhältnisse in Preußen 1877 und 1885.

Einkommensklassen bis 420 M. von 420—660 M.	1877		1884/85		1885 mehr od. wen. (+)		Veränderung in % 1877 als 100 gerechn.	
	Personen taufende.	Mil. Einkom.	Personen taufende.	Mil. Einkom.	Personen taufende.	Mil. Einkom.	Personen.	Einkom.
Sa. dürftige Eink. keine bis 1500 Mittl. " " 3000 Gute " " 9600 Reichl. " " 36000 Sehr gr. üb. 36000	5999	3146	6772	3499	773	353	112,8	112,2
	2108	2205	2005	1846	—	359	90	84
	379	821	389	833	10	12	103	101
	142	709	166	841	24	132	117	119
	18,367	311	22,962	442	4,59	131	125	142
	2,293	201	2,882	222	0,59	21	126	114
Summa	8649	7393	9357	7683	708	290	108	104
	per Kopf 855 Mark.		per Kopf 822 Mark.					



Das heißt mit anderen Worten:

1) Seit 1877 hat sich die erwerbende Bevölkerung um 708 000 Steuerpflichtige = 8 % vermehrt.

2) Die Summe des Einkommens ist von 7393 Mill. auf 7683 oder um 290 Mill. = 4 % gestiegen. Die Bevölkerung ist also im doppelten Verhältniß des Einkommens gewachsen. 1877 kam auf den Kopf der Bevölkerung ein Einkommen von 855 Mark, 1884/85 nur noch ein solches von 822 Mark.

3) Die dürftigen Einkommen haben sich unverhältnißmäßig vermehrt, um mehr als 12 %, die Zahl der wegen Einkommens unter 420 Mark von der Steuerpflicht befreiten hat sogar um 19 % zugenommen.

4) Die kleineren und mittleren Einkommen, der eigentliche Sitz der nachhaltigen Steuerkraft, haben in bedenklicher Weise abgenommen, die ersteren positiv um volle 10 % und 359 Millionen Mark, die mittleren wenigstens relativ, da dem allgemeinen Zuwachs der Steuerpflichtigen von 4 % nur ein solcher von nicht ganz 3 % mit 12 Mill. Mark in dieser Klasse entspricht.

5) Fast der gesamte Zuwachs an Einkommen, 284 von 290 Millionen Mark, fällt dagegen auf die obere Einkommenklasse mit nur 194 000 Steuerpflichtigen von 9 Millionen. Die Einkommen von 9600 bis 36 000 Mark sind der Zahl nach um 25 %, der Gesamtsumme nach sogar um 42 % gestiegen und die Zahl der Millionäre (mit einem Einkommen über 36 000 Mark) hat sich sogar um 26 %, in Summa um 589, per Jahr also um 75 Köpfe, vermehrt. \*)

---

\*) An diesem Resultat ändert der Vergleich der dazwischenliegenden Jahre nur wenig. Auf die geringe Besserung, die in dem Herabgehen der dürftigen Einkommen gegen das Jahr 1883/84 um p. p.  $\frac{1}{2}$  % hervortritt, ist vielleicht eine Veröffentlichung Samters in Girths Annalen 1882, die viel Aufsehen erregte, nicht ganz ohne



6) Die Vermehrung der Einkommen der oberen Steuerklassen hat also nicht im Verhältniß der Zunahme des allgemeinen Wohlstandes, sondern auf Kosten der dürftigen, kleinen und mittleren Einkommen stattgefunden.

Außer den persönlichen Einkommen aber, die ja in den unteren Stufen vorwiegend und fast ausschließlich in Arbeitsertrag bestehen, litt, wie wir oben sahen, nicht minder die in Landwirthschaft und Industrie festgelegten Stammkapitalien, da das Leihkapital es verstanden hat, sich die Erträgnisse der productiven Arbeit in erster Linie für eine erheblich über den landesüblichen Satz hinaus gehende Verzinzung zu sichern, und dabei doch ziemlich das gesammte Risiko dem festgelegten Kapital aufzubürden.

Dieser wichtige Uebelstand drängt zur Entscheidung auch der Währungsfrage, denn wenn auch die Verhältnisse, welche diese gewiß ungesunden Zustände hervorgerufen haben, natürlich nicht einfacher Art sind, und zu ihrer allmählichen Entstehung die allerverschiedensten Ursachen

Einfluß geblieben. Auch erklärt sie sich durch die Befreiung der Stufe 1 und 2 von der Staatssteuer. In Folge derselben hat zweifellos eine Schiebung nach oben stattgefunden. Dem sei aber wie ihm wolle, die Vergleichsergebnisse werden durch die dazwischen liegenden Jahre nicht alterirt, höchstens dürfte man sich bezüglich der Hineinigung zum Bessern einiger Hoffnung hingeben.

Wir fügen die bez. Einschätzungen der Jahre in Prozentsätzen bei.

	1877	1881	1882/83	1883/84	1884/85
Einkommenssätze	%	%	%	%	%
Steuerfrei bis M 420	39,17	42,94	43,58	43,84	43,18
I. Stufe M 420-660	30,19	29,60	29,35	29,03	29,19
dürftige Sa.	69,36	72,54	72,93	72,87	72,37
kleine M 660-1500	24,37	21,41	21,03	21,07	21,42
mittlere M 1500-3000	4,39	4,11	4,10	4,11	4,16
gute M 3000-9600	1,64	1,69	1,69	1,76	1,77
reichliche M 9600-36000	0,21	0,22	0,22	0,23	0,25
sehr große über M 36000	0,028	0,027	0,028	0,029	0,031
	100	100	100	100	100



zusammen wirken, so trägt doch an ihrer Aufrechterhaltung der in Folge der Exportabilität unseres Goldgeldes viel zu geringe Baarumlauf in erster Linie die Schuld, der es dem flottirenden inländischen Kapital ermöglicht, sich der festen Anlage und der reellen Association mit der inländischen Arbeit zu entziehen, indem es in jedem Augenblick die unbequemen, weil unverzinslichen Baarbestände als Gold ins Ausland zu werfen und so für die angenehme Höhe des heimischen Zinsfußes zu sorgen in der Lage ist.

Bevor das abgeändert wird, ist eine dauernde und gründliche Gesundung unserer Erwerbsverhältnisse nicht zu erwarten. So lange in Folge dieser ausnahmsweise günstigen Situation des Speculationskapitals die feste und ausreichende Kapitaldotierung in Industrie und Landwirthschaft die Ausnahme und der Credit die Regel bildet, so lange werden deren Ernten mit der Couponscheere eingeheimst, es wird erst besser, wenn das Geld in Deutschland nicht seltener und nicht theurer ist, als in England, Frankreich und Amerika, und wenn die Produktion dem Darleihgeschäft nicht mehr wie jetzt das Doppelte, das Drei- und Vierfache dessen bezahlen muß, wofür der große Bankier sich das Geld bei der Reichsbank zum Privatdiskont holt. Es muß mit aller Kraft dahin gewirkt werden, daß das festliegende und riskirte Kapital, sowie die Menschenarbeit selbst, höher rentire als das sichere Rentenskapital, welches weder festliegt noch riskirt, dann wird sich das Kapital wieder direct den Erwerbsquellen des Landes zuwenden, und es wird die jetzt am Marke unseres Volkslebens nagende Borgwirthschaft beseitigt werden können, der heute das große Bankkapital seine unverhältnißmäßig hohe Verzinsung verdankt, und die deßhalb von ihm durch Nöthigung zur Beschleunigung des Umsatzes und des Absatzes zu Schlanderpreisen geflissentlich genähert wird.

Welcher gute Hausvater kann, darf und wird sein Vermögen in Landwirthschaft und Industrie stecken, wo er Einbußen und Totalverlust riskirt für einen Zinsfuß von



2—3 %, wenn ihm die staatlich und hypothekarisch garantirten Werthe 4 und 5 % bringen und die Betheiligung an einem Geldleihinstitut noch höhere Interessen gewährt?

Diese Mißstände werden sich bessern, wenn durch eine den Verhältnissen angepasste Vermehrung und Sicherung des Baarumlaufs der Discout für das solide Geschäft, damit der ganze zwischen 7 und 10 % schwankende gewerbliche Zinsfuß zu Gunsten des Anlagekapitals herabgesetzt, dem Anlage suchenden Kapital zu der direkten Verbindung mit der geldsuchenden Arbeit ein mächtiger Anstoß gegeben und in derselben eine gewinnreichere Chance geboten wird, als in dem sicheren Darleihgeschäft. Auch bei uns muß das solide Geschäft, wie in Frankreich und Amerika, in baarem Gelde, und wenns auch zur Hälfte Silber ist, schwimmen können, statt daß wir jetzt, mit England abwechselnd, alle paar Wochen um des Goldes willen auf dem Trocknen sitzen. Dazu aber brauchen wir Remonetisirung des Silbers und Verzicht auf reine Goldwährung, mit einem Wort: Endliche Entscheidung der seit 12 Jahren verflochtenen Währungsfrage. Dann werden die Dividenden der Banken vielleicht etwas schmaler, aber Löhne und Preise etwas weniger schmal werden, und das ist doch eigentlich eine richtigere Vertheilung.

Wenn dagegen gesagt wird, dann wandere das Kapital ins Ausland, so ist darauf zu erwidern, daß man dasjenige Kapital, welches als Bedingung für sein Hierbleiben die Entwerthung des realen Anlagekapitals und die Herabdrückung des Preises der ehrlichen Arbeit verlangt, ruhig ziehen lassen und ihm keine Tempel bauen soll. Mangel an Kapital — den wir übrigens gar nicht zu befürchten haben, — ist ein schweres Hemmniß für die Entwicklung eines Volkes, aber die fehlerhafte Richtung und die schädliche Verwendung des vorhandenen Kapitals ist ein ganz unvergleichlich viel größeres nationales Unglück; ihm sind viel mehr Staaten zum Opfer gefallen, als der



Armuth. Die Türkei und Egypten befanden sich vor 25 Jahren in ihrer Armuth viel wohler als jetzt, wo sie vom Segen der abendländischen Milliarden „befruchtet“ sind.

Wir müssen überhaupt den Begriff Kapital etwas genauer präcisiren, wenn wir nicht zu irrigen Consequenzen geführt werden wollen.

Es ist zu unterscheiden

- 1) das gesicherte Rentkapital, 2) das feste Anlagekapital und 3) das flüssige Leih- und Speculationskapital.

Das Rentkapital ist ohne persönliche Arbeitsbetheiligung des Darleihers in festen und gesicherten Anlagen wie Hypotheken, Communal- und Staatspapieren, Sparkassen zc. zu mäßigen „landesüblichen“ Zinssätzen fest oder nur mit längeren Fristen kündbar angelegt.

Das Anlagekapital ist ebenfalls fest angelegt als Kauffchilling, Bau- und Betriebskapital zc., aber unter persönlicher Arbeitsbetheiligung des Darleihers, sei es direct oder als Actionär, stiller Theilhaber zc., der Zinsfuß wird durch den Ertrag des Geschäftes regulirt, eine andere Sicherheit als die erworbenen resp. geschaffenen Mobilien und Immobilien hat dasselbe nicht. Eine jede Veleihung und Belastung derselben mindert daher diese Deckung oder beseitigt sie ganz. Diese geringe Sicherung gegen Kapitalverlust wird in normalen Verhältnissen durch die Chance größerer Rentabilität ausgeglichen.

Das Leih- und Speculationskapital vermeidet feste Anlagen und ist an dem Gedeihen der vorübergehend beliebigen nicht dauernd interessirt, es hält sich nach Möglichkeit flüssig, um jede Chance des Marktes eskomptiren zu können, sucht vorwiegend das Discontgeschäft, welches bei rasch realisirbaren Werthen eine relativ sehr hohe Sicherheit und sofort vollstreckbare Forderung gewährt, es ist deshalb mit dem äußerst geringen Zins zufrieden, den der Discont bietet (also in New-York seit Jahresfrist 1 %, in London



seit Wochen unter 1%, bei uns zur Zeit  $3\frac{1}{2}$ , im Ganzen  $2\frac{1}{2}$  bis 4 %). Dies erklärt die eigenartige Erscheinung, daß in Zeiten, wo kein Vertrauen, kein Unternehmungsgeist vorhanden ist, der Discout außergewöhnlich niedrig steht. Das Kapital liegt auf der Lauer. Es nutzt dann mit großen Summen die kleinen Valutadifferenzen der Börsenplätze durch Wechsel- und Effectenarbitrage aus, versagt sich lange dem creditbedürftigen Geschäft und bringt dadurch jene Anleihen zustande, die unter Hypothecirung eines ganzen Werkes 6% Zinsen, 90% Emmissionscours und Rückzahlung binnen 20 Jahren zum Cours von 110 u. dergl. stipuliren. Das gibt allerdings nur 7,88 %, aber, da ein sicheres 6%iges Papier für den Rentier doch immer ein sehr begehrenswerther Artikel ist, wird es nicht schwer sein, eine solche zu 90 % übernommene Anleihe binnen Jahresfrist unter der Hand über, oder doch zum vollen Paricours anzubringen, und dann hat das Geschäft den doch ganz annehmbaren Ertrag von  $16\frac{2}{3}$  % aufgebracht, dafür kann man schon ein paar Wochen sich mit schmalem Discout behelfen.

Dem industriellen Werk aber ist für 20 Jahre eine fast 8%ige Schuld aufgebürdet! Nehmen wir an, das Stammkapital habe 2 Mill. Mark betragen und die Anleihe 1 Million. Werden dann 120,000 Mk. netto verdient, so verschlingt die 8%ige Anleihe vorab 80,000 Mk. und das doppelt so große Stammkapital bekommt nur noch 40,000 resp. 2%. Wäre statt der Anleihe eine Erhöhung des Stammkapitals vorgenommen, so würde sich der Ertrag gleichmäßig auf alle vertheilt und eine Rente von 4% ergeben haben, die zwar kein ausreichender Durchschnitt, aber für ungünstige Zeiten doch noch erträglich wäre. Mit dem Vorzugsrecht, welches der Million Leihkapital für 20 Jahre eingeräumt ist, dürfte, wenn nicht besondere Glücksfälle eintreten, die Vernichtung des ganzen Aktienkapitals oder doch des größten Theils besiegelt sein; denn



jedes neue Geldbedürfniß kann nur unter noch härteren Bedingungen befriedigt werden, die Actien werden sachlich völlig werthlos, und ihre formelle Beseitigung ist dann leicht zu bewerkstelligen. Dann fällt das Werk, welches sie geschaffen, für nichts in den Besitz des privilegierten Leihkapitals und kostet statt drei Millionen nur noch eine Million, und nun finden sich eine Menge Leute, die jetzt dem „entlasteten“ Werke eine weitere Million neuer Aktien zeichnen. So ausgestattet macht das Werk den andern, welche ihr Anlagekapital zu verzinsen haben, eine unehrliche und ruinöse Concurrenz. Ein paar fette Dividenden machen die Aktien steigen, bis dieselben mit Vorteil „abgestoßen“ d. h. an das thörichte Publikum verkauft werden können. Alles geht gut, so lange die Conjunetur gut ist, kommt aber eine ernstliche Baïsse, dann tritt der Moment ein, wo „die Menge bringen“ muß, was zur 8%igen Verzinsung einer Million Prioritätskapital nöthig ist, es wird die Leistungsfähigkeit aufs Aeußerste angespannt, dazu muß die gesammte Concurrenz mit Schleuderpreisen unterboten, müssen enorme Credite gegeben und in Folge davon erhebliche Buchschulden contrahirt werden, die mit 6% und verschiedenen Provisionsberechnungen gelegentlich auch auf 7—8% zu stehen kommen. Von Dividenden ist natürlich längst keine Rede mehr, es stellen sich Unterbilanzen ein, der Credit sinkt, die Gläubiger fordern „größeren Umschlag“ und schließlich „Deckung“. Es bleibt nichts übrig, als die schwebenden Buchschulden zu „consolidiren“, d. h. in eine Anleihe zu verwandeln, zu deren Sicherung die noch nicht verpfändeten Immobilien und Mobilien belastet werden. Damit werden auch die Aktien II. Emission auf den Werth der I. Emission, d. h. auf Null heruntergesetzt, und das privilegierte Leih- und Spekulationskapital tritt abermals und wieder ohne Gegenleistung in das Erbe des von ihm vernichteten Stammkapitals. Bei der Landwirthschaft vollzieht sich die Sache ganz analog, nur meist in kleinerem Maßstabe.



Solche, die Solidität unseres Erwerbslebens schädigende, die Bevölkerung demoralisirende, Besitzverschiebungen erfolgen tagtäglich vor unsern Augen, und zwar, wie man früher würde haben sagen können, „unter des Durchlauchtigsten Bundes schützenden Privilegien“.

Nicht das einzige, wohl aber eins der wirksamsten der „Privilegien“, welche das Reich dem Speculationscapital, ohne es zu wollen, überlassen hat, ist die freie Verfügung über den Baarumlauf des Landes, die ihm gestattet, den Wechsel-Discount nach Belieben zu gestalten, das Borgsystem aufrecht und den gewerblichen Zinsfuß auf einer Höhe zu halten, welche vor 30 Jahren in dem damals noch kapitalarmen Amerika Brauch war, welche heute den Verhältnissen von Rumänien, Serbien und der Türkei entsprechen mag, aber den deutschen weder zum Gedeihen noch zur Ehre gereichen kann.

Die Regierung hat sich Gott sei Dank noch nicht die Möglichkeit eines Eingreifens verschlossen, aber doch seit 1879 keinen Versuch gemacht, diese wichtigste Funktion des wirthschaftlichen Volkslebens, den Baarumlauf, auch nur auf der Stufe zu erhalten, auf dem er bereits vor 10 Jahren stand, geschweige denn auf diejenige Stufe zu heben, auf die er gehört. Durch die Politik, die wir seit 6 Jahren in der Währungsfrage befolgen, ist ein gut Theil dessen wieder völlig preisgegeben worden, was die Handelspolitik seit 1879 uns errungen hat. Non liquet! lautet die Parole in allen Instanzen! Aber die Münz- und Währungsfragen sind doch nicht über Nacht vom Himmel gefallen, sie stehen doch seit 25 Jahren mindestens auf der Tagesordnung der öffentlichen Meinung. Und wenn auch jeder einzelne Privatmann für sich und auch die Mitglieder des Bundesraths und des Reichstags gestehen dürfen: non liquet! — die Reichsregierung, der ganz allein die nöthigen Fachleute und das gesammte vorhandene Material mit einer Vollständigkeit und Fülle zu



Gebote steht, wie keinem andern, — die Reichsregierung kann unmöglich doch, nachdem sie 6 Jahre Zeit zum Studiren der Acten gehabt hat, über diesen Gegenstand noch ferner mit non liquet hinweggleiten. Sie muß mindestens die Prinzipalfrage klar beantworten:

Sind wir überhaupt in der Lage, die Durchführung der Goldwährung ins Werk zu setzen, ohne weitere Einbuße an unserem schon jetzt ungenügenden Baarumlauf zu erleiden und Diskontkriege der schwersten Art zu riskiren?

Wenn die Reichsbank diese Frage mit Ja beantwortet — und wir halten das für nicht wahrscheinlich — dann gehe man vor im Sinne der Goldwährungsmänner und des Gesetzes vom Juli 1873, man schaffe reine Bahn, gesetzliche Verhältnisse, aber auch einen Werthumlauf, der hinter dem unseres gefährlichsten commerciellen Rivalen — Amerikas — nicht zurücksteht.

Vermag die Reichsbank diese Frage nicht zu bejahen, dann bleibt nichts übrig, als den gethanen falschen Schritt wieder zurück zu thun und zwar je eher je besser, lieber heute wie morgen und ohne Rücksicht auf persönliche Empfindungen, dafür ist die Frage eine zu große; das verfahrene Provisorium kostet uns täglich Hunderttausende.

Stellen wir uns ehrlich auf den Standpunkt des Gesetzes vom Juli 1873, so ist nach den practischen Erfahrungen die wir seitdem gemacht, die Hauptvorfrage die: Haben wir Gold genug zur Durchführung der Goldwährung bei allen Cultur- und Handelsvölkern?

Der Goldwährungsmann Soetbeer sagte darüber 1880 im deutschen Handelstag pag. 48 des stenogr. Berichts:

„Das jetzt am häufigsten geäußerte Bedenken ist die Befürchtung, daß der vorhandene Goldvorrath und die künftige Goldproduction den Anforderungen des Handels durchaus nicht genügen können, wenn in den Culturländern des Westens das Silbercoursant weiter demonetisirt werden sollte, und daß in Folge der Goldknappheit ein höchst nachtheiliges Sinken der Preise im Allgemeinen ein-



treten müßte, während gleichzeitig die stärksten Schwankungen und progressive Entwerthung des Silbers zu erwarten wären. Wie verhält es sich nun mit den thatsächlichen Gründen und den Consequenzen solcher Befürchtungen? Zur sachgemäßen richtigen Erörterung derselben ist es unentbehrlich, sich die in Betracht kommenden Verhältnisse in den Hauptsachen ziffernmäßig zu vergegenwärtigen.“

dann folgt eine eingehendere Erörterung, die in folgendem Schluß gipfelt:

„Nach unserm Dafürhalten wird man den betreffenden Goldvorrath in den Staaten des lateinischen Münzvereins auf ca. 5000 Millionen veranschlagen dürfen. Wir schätzen ferner die betreffenden Goldvorräthe für die Niederlande 90 Millionen, Scandinavische Länder 190 Millionen, Deutschland 1600 Millionen, die übrigen Europäischen Länder (Oesterreich, Rußland, Spanien, Portugal etc.) etwa 1500 Millionen, Vereinigte Staaten von Amerika 1700 Millionen Mark — macht zusammen einen Betrag von rund 13500 Millionen Mark — die Schätzung des Herrn Seyd über den Goldvorrath in den genannten Ländern kommt auf einen ungefähr gleichen Betrag hinaus, indem er 850 Millionen Strel. rechnet, dabei aber Japan, China und Indien einschließt.“

Nachdem so der gegenwärtige Goldvorrath in den Culturstaaten auf „präsumtiv 13—14 Milliarden Mark angenommen“ ist, spricht er sich über die Jahresproduction an Gold aus wie folgt:

„Wie verhält sich nun diesem Goldvorrath gegenüber die gegenwärtige Goldproduction? Diese hatte im Durchschnitt der 20 Jahre von 1851 bis 1870 jährlich einen Betrag von ca. 510 Millionen Mark betragen, ist dann in den Jahren 1871 bis 1875 auf 476 Millionen Mark heruntergegangen und wird für das letzte und gegenwärtige Jahr bedeutend niedriger geschätzt, wegen der großen Verminderung der Goldverschiffungen aus Australien nach England. Unter 400 bis 350 Millionen Mark wird indeß die jetzige jährliche Goldproduction wohl nicht veranschlagt werden können, da dieselbe in den Vereinigten Staaten bis jetzt noch keine stetige Abnahme aufgewiesen, sondern sich auf der Höhe zwischen 40 und 30 Millionen Dollars behauptet hat. Ob die Goldproduction in nächster Zeit noch weiter abnehmen oder sich wieder heben wird, läßt sich nicht voraussagen, und wir müssen, um nicht jeden Boden zu verlieren, bei Erörterungen der Währungsfrage die jetzigen Verhältnisse zu Grunde legen.“



und seine Schlußfolgerung aus diesen beiden Vorderjagen lautet wörtlich:

„Von einer eigentlichen Goldknappheit kann bei einem Vorrath von mindestens  $13\frac{1}{2}$  Milliarden Mark und einer jährlichen Production von 350 bis 400 Millionen Mark gewiß noch nicht die Rede sein, wenn auch die Zeiten der Ueberfülle des Goldes vorüber sind.“

Das ist buchstäblich Alles, was der Mann, der in der Statistik der Währung so gut Bescheid weiß wie wenig andere, zur Fundamentirung der Hauptvoraussetzung der Goldwährung — daß genug Gold für ihre Durchführung da sei — vorzubringen vermochte.

Also bei  $13\frac{1}{2}$  Milliarden Vorrath und 350 bis 400 Millionen Mark Gold Jahresproduction kann von einer „eigentlichen Goldknappheit“ noch nicht die Rede sein“. Gewiß vorsichtig formulirt, aber doch noch lange nicht genug!

Rechnen wir einmal:

Goldwährung haben bis jetzt

England mit 55 Mill. Gw. (incl. der Colonien in  
Canada, Australien, Afrika,  
Malta, Cypern, Gibraltar)

Portugal	"	6	"	"
Scandinavien	"	8	"	"
Finnland	"	2	"	"

Summa 71 Mill. Gw. dazu würden kommen

Nordamerika mit 62 Mill. Gw.

Deutschland " 47 " "

Frankreich } u. Co = 40 " "

Spanien } lonien 20 " "

Italien 28 " "

Schweiz, Belgien,

Holland 12 " "

Summa 280 Mill. Gw.

Der Gesamtumlauf an Circulationsmitteln beträgt in Deutschland (welches den geringsten hat) rund 70 Mark pro Kopf und in Frankreich 193 Mark.



Der Durchschnitt ergibt rund 131 Mark pro Kopf. Nehmen wir an, daß 10 Mark durch Scheidemünze (nur England hat mehr) und 21 Mark durch ungedeckte Noten vertreten würden, so ergäbe sich ein Bedarf von 100 Mark Gold pro Kopf bei einer Bevölkerung von rund 280 Mill. Einwohner, das sind 28 Milliarden Mark. Soetbeer hat aber nur 14. Die Production — 400 Mill. — hat zu decken den gewerblichen Verbrauch mit der Hälfte (nach Soetbeer) = 200 Mill.

dazu Bedarf des Zugangs der Bevölkerung

$$\text{à } 1\% \text{ von } 280 \text{ Mill. u. } 100 \text{ Mk. p. Kopf} = 280 \text{ „}$$

Ca. 480 Mill.

Der Zugang mit 1% ist niedrig gerechnet. Deutschland hat 1¼%, England 2%, Nordamerika, das Cap und Australien 4% durchschnittliche Bevölkerungszunahme. Dazu kommt, daß Rußland und Oesterreich mit 140 Mill. Einwohnern schon jetzt ca. 500 Mill. Mark Gold in Cours haben und doch über kurz oder lang wieder in die Reihe der solventen Staaten treten müssen, daß der Orient und die in obiger Rechnung nicht berücksichtigten Länder und Welttheile mit immer wachsenden Ansprüchen an die Goldproduction hervortreten. Alles das beweist so schlagend wie in derartigen Fragen überhaupt bewiesen werden kann, daß der nach Soetbeer zur Verfügung stehende Goldvorrath von 13—14 Milliarden und die voraussichtliche Goldproduction von p. p. 400 Millionen Mark doch wohl eine „eigentliche Goldknappheit“ bedeuten, indem sie zur Zeit allenfalls noch ausreichen, die Hälfte des Bedarfs der Culturstaaen an Münzmetall zu decken. Der Uebergang der oben genannten Staaten zur strikten Goldwährung würde nur einen Umlauf von 48 Mark gesetzlichen Geldes p. Kopf gestatten. Das ist zwar 1 Mark mehr als Deutschland im Augenblicke hat, aber wir stehen auch weitaus am schlechtesten. Der Umlauf an gesetzlichem Metallgeld (ohne Scheidemünze) betrug 1884 pro Kopf in



Frankr. Belgien Holland Ver. Staaten Engl. Deutschl.  
Mk. 165. 92. 80. 65. 57. 47.

Hiermit glauben wir den Beweis der Undurchführbarkeit der allgemeinen Goldwährung theoretisch ausreichend erbracht zu haben.

Für die weitere in ihrer ganzen Unumwundenheit noch kaum stilisirte Frage, ob Deutschland nicht in der Lage sei, allein zur Goldwährung überzugehen und mit England zusammen die Stürme der andern auf das Goldgeld erfolgreich zurückzuweisen, müssen wir abermals an die Reichsbank als die einzig competente Stelle die Frage richten:

Ist nach den praktischen Erfahrungen des letzten Jahrzehnts der Uebergang Deutschlands zur Goldwährung überhaupt durchführbar und möglich, ohne die einheimischen productiven Gewerbe durch zu geringen Umlauf und durch zu hohe Discontosätze auf das Schwerste zu benachtheiligen?

Wir glauben, die Antwort der deutschen Reichsbank wird nicht günstig ausfallen für die Goldwährung. Was die Durchführung derselben direct und indirect kosten wird, ist eine schwierige und nur theilweise zu beantwortende Frage, was die verfehlten Versuche sie durchzuführen dem Lande seit 15 Jahren gekostet haben, läßt sich schon eher zahlenmäßig erweisen, und wir hoffen im Verlauf dieser Abhandlung einige bescheidene Beiträge dazu liefern zu können.

Wie steht es nun eigentlich mit unserem Baarumlauf? ist derselbe wirklich so viel unzureichender, als derjenige anderer Staaten? Deutschland ist in der That von seinen Concurrencyländern in dieser Hinsicht das bei weitem schlechteste situirte, noch ungünstiger gestellt sogar als Spanien, welches sowohl mehr Metall als auch mehr Gesamtumlauf hat. Wenn die Differenz zwischen dem deutschen und dem englischen Umlauf, etwa 7 Mark pro Kopf, nicht erheb-



lich erscheint, so ist dabei nicht zu vergessen, daß Englands Umlauf sich gerade in dem letzten Jahrzehnt, seit der Silberkrise, um reichlich 40 Mark pro Kopf, verschlechtert hat. Für 1871 wurde sein Gesamtumlauf noch auf 116,44 Mark geschätzt, heute nur auf 76 Mk., während die Vereinigten Staaten, die noch 1879 nur 94,46 Mark pro Kopf hatten, für 1884 bereits auf 108,60 gestiegen sind. Außerdem hat England das entwickeltste Check- und Clearingsystem der Welt und braucht in Folge dessen zu dem gleichen Werthumsatz sehr viel weniger Baargeld als Deutschland, Frankreich und Amerika.

Nach den neuesten eingehenden Schätzungen von Ottomar Haupt in seiner Währungspolitik und Münzstatistik stellt sich\*) das Verhältniß des specifischen Umlaufs wie folgt:

Anfangs 1884 besaßen an Mark pr. Kopf	Gold	Silber	Scheidemünze	Bronze	Ungebede Noten	Summa pro Kopf	Bankdiscout im Durchschnitt		
							1878—80	1882—85 $\frac{1}{1} - \frac{1}{7}$	1885 $\frac{1}{1} - \frac{1}{7}$
Frankreich	93,84	72,56	4,24	1,20	21,12	192,96	2,50	3,21	3,00
Belgien	50,08	41,76	4,80	2,08	33,92	132,64	3,22	3,73	2,88
Holland	16,80	63,04	3,36	0,80	34,00	118,00	3,37	3,35	3,81
Ver. Staaten von Amerika }	51,60	13,76	6,64	1,24	35,36	108,60	—	2,13	1,06
England	56,96	—	11,04	0,72	7,40	76,12	3,07	3,70	3,50
Deutschland	36,80	10,00	10,00	1,00	12,00	69,80	4,17	4,20	4,24
Spanien	32,80	18,40	8,48	2,80	10,80	73,28	—	—	—

Dieses Verhältniß ist ein für Deutschland selbstverständlich höchst ungünstiges, seine Wirkung zeigt sich zur Evidenz an den in den letzten Spalten beigefügten Discontosätzen, deren Relation sich noch ungünstiger für uns stellt,

\*) Unter Umrechnung in Mark und Correctur eines durch Verschiebung einer Decimale in der Tabelle pag. 175 verursachten Additionsfehlers (da England pro Kopf nur 9,25 Fr. ungebedeete Noten hat und nicht 92,5).



wenn wir in Betracht ziehen, daß wir seit 15 Jahren Frieden haben, während Frankreich und England seit Jahren verlustvolle Kriege führen und nicht minder nachtheilige innere Schwierigkeiten zu bekämpfen haben, daß auch die Discontsätze von Brüssel und Amsterdam erst in den letzten Jahren durch den Kampf ums Gold erheblich alterirt sind.

Nicht minder ungünstig stellt sich die Entwicklung unseres Geldumlaufs im Lande seit diesen 15 Jahren. Die Angaben der Statistiker schwanken zwar nicht unerheblich, die Extreme um 11 Mk. pro Kopf für 1869 und um p. p. 4 Mk. pro 1883/84, aber unter Berücksichtigung der nachweislichen Irrthümer sind diese Differenzen für das Gesamtergebnis doch nicht beirrend, es kann sich höchstens um drei bis vier Mark Unterschied pro Kopf handeln.

Wir hatten Gesamtumlauf pro Kopf nach den Angaben von

	Schraut.	Arendt.	Soetbeer.
1869	52,2	63,05	
1870	59,9		{ 57,77*)
1871	58,9		{ 58,50**)
1872	66,3		
1873	75,3		
1874	75,3		
1875	75,3		
1876	69,9		
1877	65,6		
1878	62,9		
1879	64,2		
1880	64,4		62,16
1881	66,0		
1882	66,2		
1883	66,8	62,40	66,20

\*) Schätzung von 1880.

\*\*) Schätzung von 1885.



Die Differenzen bezüglich 1869/70 beruhen vorwiegend darauf, daß Schrant den Bestand an Barren und an fremden Gold- und Silbermünzen nicht in Rechnung gezogen hat, den Arendt mit 300 Millionen, Soetbeer mit 76 Millionen einstellt. Die Unterschiede für 1883/84 finden darin zum größten Theil ihre Erklärung, daß von Schrant die Abgänge deutschen Goldes ins Ausland mit 150 Mill. Mark, die Einschmelzungen zu industriellen Zwecken gar nicht, von Soetbeer und Arendt beides zusammen mit 210, bez. mit 540 Millionen Mark berechnet sind.

Dabei ist noch zu bemerken, daß Soetbeer und wohl auch Schrant Anhänger der Goldwährung sind, Arendt Bimetallist ist, daß aber trotzdem Professor Rasse, obwohl selbst Goldwährungsmann, den Untersuchungen von Arendt den Vorzug giebt vor denen der beiden andern Statistiker.

Es betrug ferner

Im Jahre	die Zahl der				der Umschlag der	
	in		im		Preussischen Bank	
	Preußen verfahrenen		Reich producirten		resp. Reichsbank	
	Personen=	Tonnen=	Stein=	Roheisen=	in	bei
	Kilometer	Kilometer	kohlen=	Tonnen		der Stelle
			Tonnen			im
						Dortmund
	Mill.	Mill.	Mill.	Mill.	Milliarden	Mill. Mk.
1869	2,269	3,776	26,774	1,413	10	250
1883	3,874	8,235	—	—	—	—
1884	?	?	57,190	3,572	71	784

Handel und Wandel, Production und Werthverkehr haben sich ja nun nicht direct in Verhältniß des Umschlages unserer Bank versiebenfacht, deren Wachsthum ist durch die gleichzeitige Verbreitung über das ganze Reich rascher gefördert worden, aber wir glauben sicher nicht zu viel zu



rechnen, wenn wir seit 1869 im Großen und Ganzen eine Verdoppelung annehmen. Wenn also 1869 52 Mark oder, wie Dr. Arendt rechnet, gar 63 Mark Umlauf vorhanden und richtig bemessen war, so ist es kein Wunder, wenn man 1885 nicht mehr mit 62 oder selbst 66 Mark auskommen kann, besonders wenn inzwischen bereits ein Umlauf von 75 Mark dagewesen ist. Solche Schwankungen des Umlaufs, die sich nach Schrant binnen 4 Jahren auf 44 %, nach Arendt wenigstens auf 19 % belaufen, sind schon an sich höchst schädlich, auch wenn sie nicht mit einem zu knappen Geldumlauf verbunden sind, sie belasten stets den innern Geldverkehr mit hohen Discontschwankungen. Hier aber, wo sie mit zu geringem Umlauf verbunden auftraten, mußten sie durch ihren Einfluß auf die Preise doppelt störend für diejenigen Interessen sein, welchen Stetigkeit oder doch langsame Entwicklung der Preise die Voraussetzung dauernden Gedeihens ist, sprunghafte Veränderungen immer Verlust und Nachtheile bringen. Das aber ist der Fall bei der gesammten Production. Das Discontogeschäft und die Arbitrage freilich haben sich dabei wohl befunden, und es ist nicht zu verwundern, daß sie es gerade sind, die sich einer Abänderung mit aller Gewalt entgegensetzen. Wir vom Standpunkte der productiven Arbeit und des Waarenhandels müssen gerade in der Lebhaftigkeit der Opposition von jener Seite gegen formelle Wiederherstellung der Doppelwährung, die uns ganz allein einen ausreichenden Umlauf ermöglicht, einen Beweis dafür sehen, daß hier der richtige Punkt berührt ist.

Wenn wir behufs dieser äußerst dringlichen Erweiterung des Umlaufs und der Wiederherstellung geordneter, mit dem Gesetz in Uebereinstimmung befindlicher Münzstände zu einer Wiederaufnahme vollwichtiger staatlicher Silbercourantprägungen übergangen und den seit zwölf Jahren nicht zur Wahrheit gewordenen Artikel 1 des Ge-



seses vom 9. Juli 1873, wonach wir die Reichsgoldwährung haben, auch formell und für Berlin endgültig beseitigten, so würde damit nach den verschiedensten Seiten ein erlösendes Wort gesprochen sein. Die Amerikaner, Franzosen und Lateiner würden darin die Garantie finden, daß sie nicht isolirt werden sollen in ihren Bestrebungen, den Silberwerth zu stützen, und würden zu großen Concessionen sich bereit finden lassen. So z. B. würden die Conventionsstaaten voraussichtlich gern die gegenseitige Verpflichtung übernehmen, Goldmünzen eines andern Systems weder zur Umprägung in ihren Münzstätten, noch zur Deckung von Banknoten, noch als Zahlungsmittel gesetzlich zuzulassen. Dieser Concession dürfte sich voraussichtlich auch England anschließen, aber auch ohne das würde eine Erleichterung im allgemeinen Kampf ums Gold dadurch eintreten, daß die geprägten Goldmünzen der verschiedenen Systeme weniger exportfähig würden. Golddollars, Zwanzigfrankstücke, Kronen und Sovereigns müßten immer erst zu Barren eingeschmolzen werden, ehe der eine im Bereich des andern gesetzlich verwendbar wäre; das aber ist mit Gewichtsverlust, Zeitverlust und Verlust der Prägekosten verbunden und dürfte zum Schutz der nationalen Goldmünzen gegen den Mißbrauch der Agiotage ausreichen. Ein Staat, der sein Goldgeld vermehren will, wird den Verlust des Passirgewichtes und des Verschleißes, die zusammen um  $\frac{1}{2}$  % spielen dürften, tragen, der Agioteur kann es nicht.

An diesem Schutz des nationalen Goldschazes aber ist England der meist interessirte Staat, da er thatsächlich Goldwährung hat, dann kommen wir, die wir für die Berliner Reichsbank uns den Luxus einer solchen gestatten, und dann erst Amerika und die Lateiner, die gesetzliche Doppelwährung haben. Käme ferner mit Frankreich, den Lateinern und Amerika bezüglich des Silbers nur eine Convention zu Stande, die nichts weiter als die Wiederaufnahme reinstaatlicher Silberprägungen mit gesetzlicher



Zahlungskraft in näher zu fixirendem mäßigem Umfange und für eine Reihe von Jahren festsetzte, so würden wir darin den ersten und wichtigsten, gleichzeitig äußerst gefahrlosen Schritt zur Hebung des Silberwerthes und damit zur Lösung der Währungsfrage sehen. Zöge es England vor, mit einer geringen Zahl kleinerer Staaten bei der Goldwährung zu bleiben, so wäre das ein Experiment, dessen Erfolg zur Zeit noch Niemand mit absoluter Sicherheit vorher sagen kann, den man also abwarten müßte, aber auch um so ruhiger abwarten könnte, als dadurch ja ebenjowenig irgend etwas an den heutigen Verhältnissen geändert würde, wie durch den Uebertritt Deutschlands von der factischen zur gesetzlichen Doppelwährung.

Es ist ja möglich, daß England glaubt, die Situation exploitiren zu können, wenn es selbst Goldstandart behält, in Indien billiges Silber münzen läßt, damit dort voll bezahlt und sich die Differenz zwischen dem Silber- und Goldpreis von den Indiern abermals bezahlen läßt, wenn sie ihre Schulden, Zinsen und Pensionen zc. mit 360 Millionen statt mit 300 begleichen müssen. Die andern Völker aber sind Gott sei Dank keine Indier, sie müssen nicht mehr von England kaufen wie jene, und werden, wenn der bimetalistische Standart billiger ist, als der Goldstandart, verständigerweise nicht in der Apotheke holen, was sie auf offenem Markt haben können. Zur Zeit aber giebt es von Tag zu Tag weniger Dinge, die man in Deutschland, Amerika, Frankreich, Belgien, Holland zc. nicht ebenjogut haben könnte, wie in England. Das war früher ganz anders. Da hatte England thatsächlich ein Monopol für sehr viele Dinge und damit auch für die Zahlungsvermittlung, jetzt nicht mehr. Deshalb ist es auch sehr möglich, daß diejenigen in England die Majorität erhalten, die nicht am indischen Tribut mit genießen, dagegen jetzt nach Beseitigung jenes Monopols die höchst unangenehme Consequenz des theureren Standarts, daß



er auch die Production vertheuert und als Exporthinderniß wirkt, an ihrem Leibe zu erfahren haben. Das aber ist so ziemlich die gesammte Industrie, und deßhalb gehören die großen Handelskammern wie Bradford, Manchester, Liverpool und hervorragende Leiter der wichtigsten Bankinstitute in England zur bimetallistischen Partei.

Aber wie gesagt, man kann nicht wissen, wie es dort zunächst kommt, und kann auch nicht wissen, wie das Verhalten Englands bei der Goldwährung wirken wird, das aber kann man wissen, daß Deutschlands Landwirthschaft und Industrie keinen Grund haben, sich darüber zu beunruhigen, wenn man in England theurer kauft, als bei uns.

Nach unserer Auffassung würde ein Schritt Deutschlands zu Gunsten des Silberwerthes die unheilvolle Spannung lösen, die seit 1874 über dem gesammten Geldmarkte liegt und die Preise aller Länder drückt, der Kampf ums Gold würde sich in Folge der Vermehrung des Münzmetalls auf das doppelte zweifellos ruhiger und weniger kostspielig für uns gestalten, aber sollte auch, was sehr wohl möglich ist, in Folge einer Vermehrung unseres Silbercourantes zunächst ein Abfluß von Gold eintreten, sei es durch den Goldbedarf der Goldländer, sei es durch die Tendenz unseres Börsenkapitals, den Discount in die Höhe zu treiben, so bleibt uns als wirksames Auskunfts mittel immer und jederzeit die Theaurirung eines großen Goldschazes und Ausgabe nicht umtauschbaren vollgedeckten Reichspapiergeldes mit gesetzlicher Zahlungskraft. Das würde die Valuta sichern, die Währung im Lande halten und das internationale Geschäft nur nöthigen, die Kosten seiner Zahlungen ins Ausland selbst zu tragen, statt sie wie bisher durch Discount erhöhungen auf den gesammten Verkehr abzuwälzen und dabei noch hohe Zinsen und Agiotagegewinn zu machen. Die Börse müßte dann das Gold, welches



sie, und sie ganz allein, zu Zahlungen im Ausland braucht, bei der Bank al marco kaufen d. h. sie müßte für ihr Export-Gold unter Umständen ein Agio bezahlen, welches die Kosten der Wiederbeschaffung deckte. Das würde nur billig sein, zugleich eine sehr einfache und dabei sehr gerechte Besteuerung des Börsenspiels in ausländischen Werthen bilden, der niemand den Vorwurf des vorzatorischen und inquisitorischen mehr machen könnte.

Der mittlere und kleine Verkehr und die gesammte Production aber würden von dem täglich erdrückenderen Gewicht entlastet werden, welches ihnen der Kapitalismus, unterstützt durch unsere unfertigen Währungsverhältnisse und den dadurch veranlaßten knappen Umlauf, in Borgzwang und zu hohen Zinssätzen auferlegt hat.

Englands Mitwirkung haben wir dazu absolut nicht nöthig, der Beihülfe Frankreichs, der Lateiner und Amerikas sind wir in deren eigensten Interessen sicher, aber auch ohne jede Unterstützung sind wir jederzeit in der Lage, unsere Währung souverän zu ordnen, so lange wir die Beschränkung üben, sie zunächst rein national ordnen zu wollen. Erst von der festen Basis einer souveränen und nationalen Währung aus können wir mit Erfolg an weitere internationale Abmachungen, Handelsgeld, Weltmünze zc., denken. Heute aber haben wir diese Basis noch nicht, wir gestatten vielmehr vermöge unserer ungeordneten Währungsverhältnisse dem internationalen Börsenhandel, seine Geschäfte theilweise auf Kosten von Landwirthschaft, Industrie und Binnenhandel zu betreiben.

Deßhalb ist es ein großes und dringendes Bedürfniß derselben, daß die Währungsfrage entschieden und geordnet werde.

Wenn diese so nöthige Entscheidung seit 6 Jahren aufgeschoben ist, so erblicken wir den einzigen Grund darin,

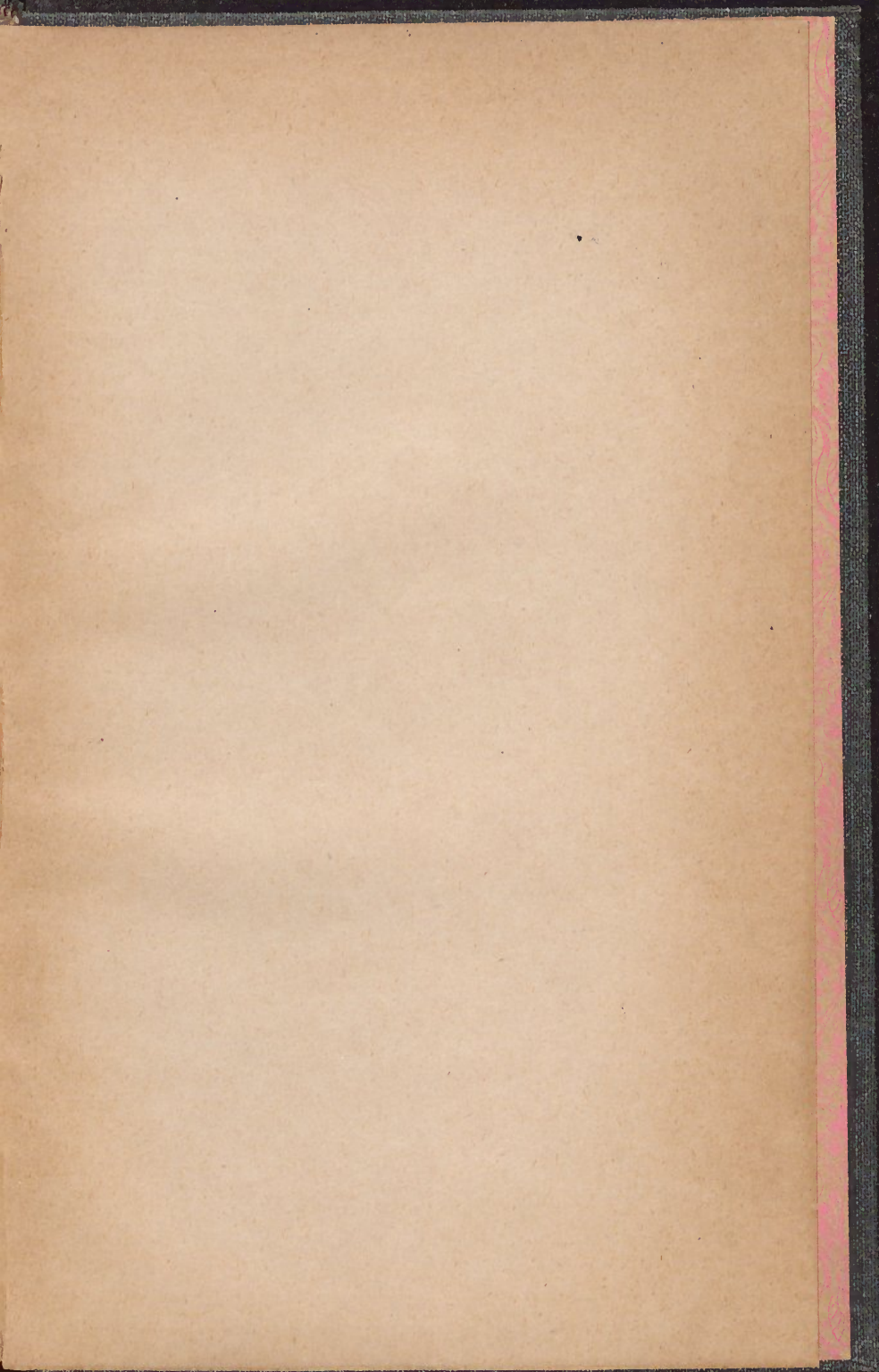


daß viele der berathenden und entscheidenden Stellen in dieser Frage, die allerdings mehr Studium verlangt als viele andere zusammengekommen, zur Zeit noch nicht den Entschluß, vielfach auch wohl noch nicht die nöthige Mühe haben finden können, sich zu informiren. Die Handelskammer ist aber überzeugt, daß selbst die nach ihrer Auffassung unrichtige Lösung des Knotens — Uebergang zur Goldwährung und Wiederaufnahme der Silberverkäufe, da sie sich sehr bald als undurchführbar herausstellen würden — die Gewerbsamkeit des Landes weniger und jedenfalls kürzer schädigen würde, als das nunmehr sechsjährige Warten auf bessere Information sie bereits geschädigt hat.

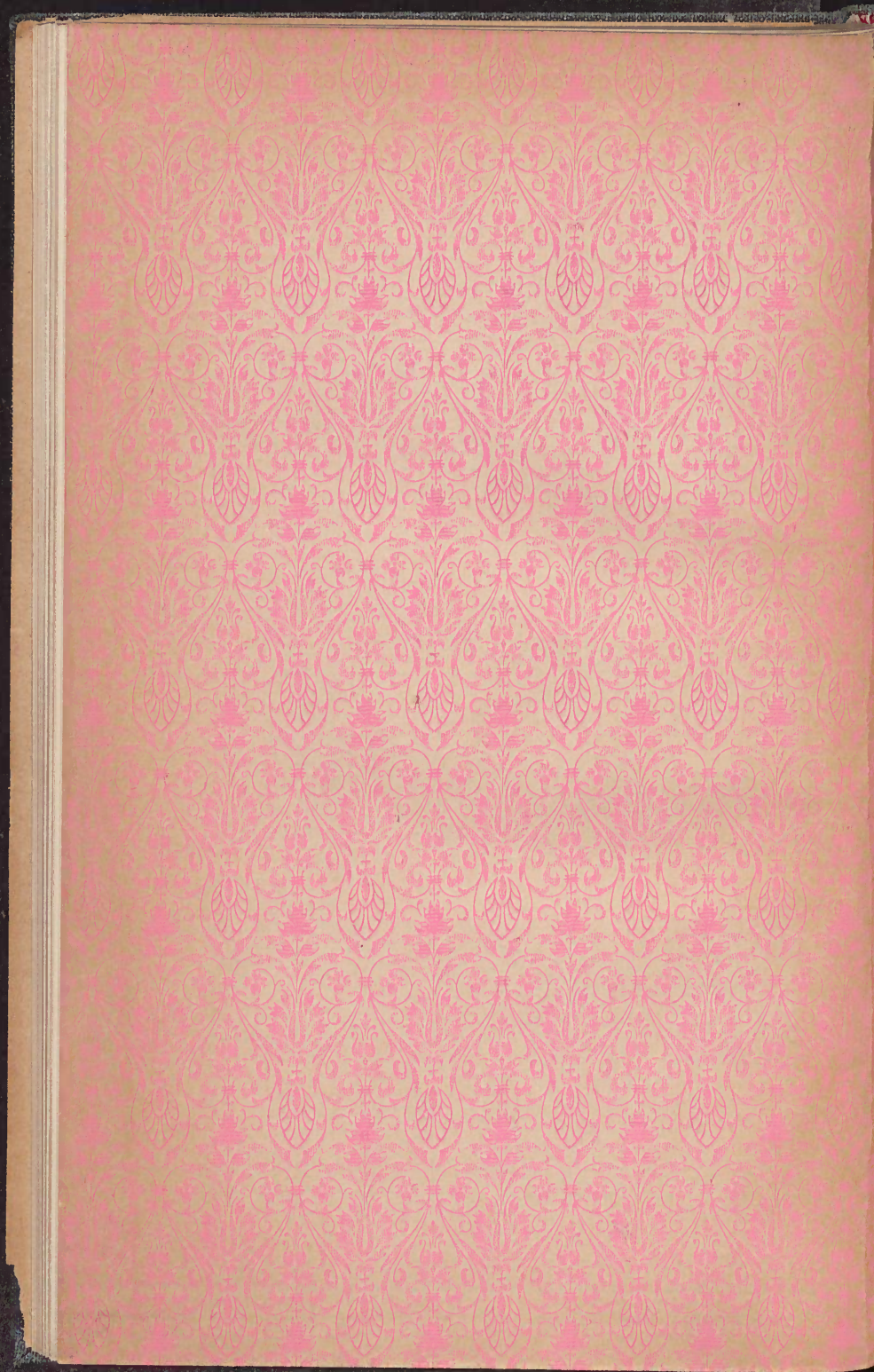
7



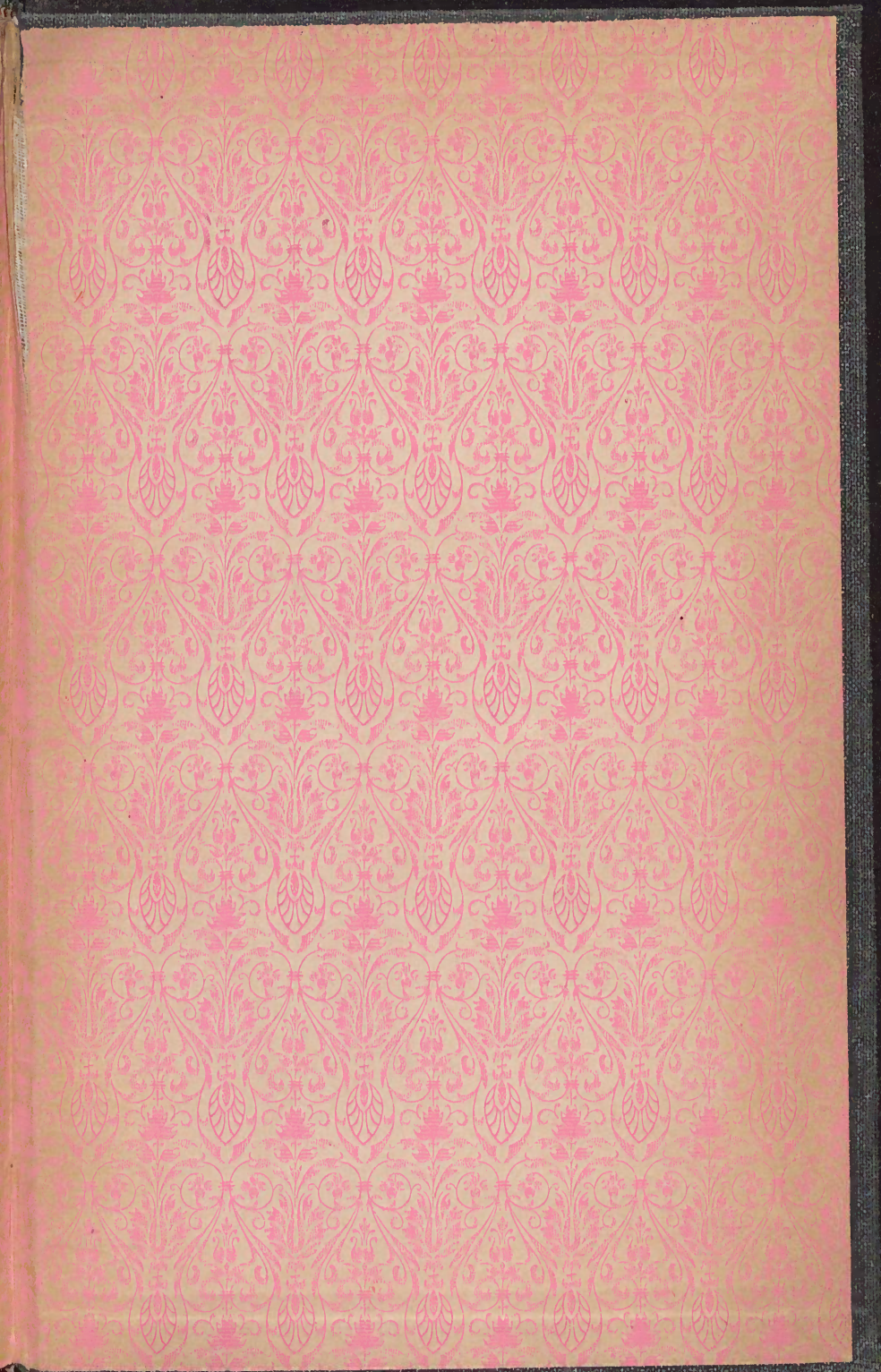




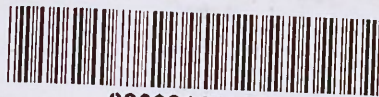












206\$01471821